



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
3. September 2020

Protokoll Nr. 45

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 14. Mai 2020, 8.15–12.00 Uhr
im Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:
Ratspräsident Albert Schwarzenbach

Präsenz:
Anwesend sind 46 bzw. 47 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Adrian Achermann für die ganze Sitzung,
Maria Pilotto ab 11.45 Uhr.

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:
Franz Lienhard

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	4
2. Genehmigung der Protokolle 41 vom 19. Dezember 2019 und 42 vom 30. Januar 2020	9
3. Bericht und Antrag 34/2019 vom 4. Dezember 2019: Schulanlage Ruopigen: Erweiterung als Provisorium und Raumrochaden ▪ Sonderkredit für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium ▪ Zusatzkredit für B+A 10/2015: «Schulraumentwicklung im Stadtgebiet Littau/Reussbühl», Raumrochaden	10
4. Dringlicher Bevölkerungsantrag 377, Andreas Müller, Matthias Leutwyler und Laura Spring namens der Antragstellenden vom 20. Januar 2020: Das Dammgärtli bleibt! NEIN zum Zugangsschacht für den Bypass im Dammgärtli	21
5. Postulat 315, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 16. August 2019: Dammgärtli nicht dem Bypass opfern	26

–	Dringliches Postulat 394, Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 9. März 2020: Hilfe für Griechenland – Aufnahme von Geflüchteten	26
–	Dringliches Postulat 403, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 27. April 2020: Unkomplizierte Unterstützung für das Gastgewerbe – flexible Nutzung des öffentlichen Raumes	31
–	Dringliches Postulat 408, Simon Roth, Gianluca Pardini und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020: Temporäre Nutzung von Strassenraum und Parkplätzen durch die Gastronomie	31
–	Dringliches Postulat 405, Mirjam Landwehr und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 30. April 2020: Vorrang für Zufussgehende und Velofahrende	36
–	Dringliches Postulat 406, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Mai 2020: Genügend sicheren Frischluft-Freiraum auch in Pandemiezeiten	40
–	Dringliches Postulat 407, Simon Roth und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020: Internationale Solidarität bei der Bewältigung der Corona-Pandemie	45
–	Dringliche Interpellation 409, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020: Umsetzung der Corona-Kita-Unterstützung in der Stadt Luzern	48
–	Dringliche Interpellation 410, Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 4. Mai 2020: Auswirkungen der Coronakrise auf den Musikschulunterricht	50
–	Dringliches Postulat 413, Claudio Soldati und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020: Luzerner Gewerbe retten: Gewerbemieten und Pachtzinsen stunden oder erlassen	51
6.	Interpellation 325, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 19. September 2019: Erneuerbare Energien im Produktmix der ewl	Die Traktanden 6 bis 15 wurden aus zeitlichen Gründen nicht behandelt.
7.	Interpellation 326, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 23. September 2019: Veloparkplätze am Bahnhof Luzern	

8. Postulat 328, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 26. September 2019:
Veloparkierung – Es braucht eine Diskussion über die Bewirtschaftung
9. Postulat 327, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion vom 23. September 2019:
Den Erfolg weiterführen – gute Sitzmöglichkeiten in der Stadt
10. Postulat 353, Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. November 2019:
Obstbäume für die Bevölkerung
11. Postulat 346, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 31. Oktober 2019:
Grünstadt-Label Gold in Luzern als erste Stadt anstreben
12. Interpellation 365, Claudio Soldati und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Dezember 2019:
Chlorothalonil-Rückstände im Wasser – Können wir Luzerner Trinkwasser unbedenklich konsumieren?
13. Postulat 338, Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion, Mirjam Landwehr und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion sowie Daniel Lütolf und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 23. Oktober 2019:
Tempo 30 nachts
14. Postulat 330, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 3. Oktober 2019:
Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen
15. Postulat 376, Mirjam Landwehr und Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 20. Januar 2020:
Schulareale als wichtigen Teil des öffentlichen Raums anerkennen

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Albert Schwarzenbach begrüsst die Anwesenden zu dieser speziellen Sitzung, die unter speziellen Bedingungen stattfindet. Am 12. März fand die letzte Sitzung des Grossen Stadtrates statt; kurzfristig war am Tag zuvor noch organisiert worden, dass sie nicht im vertrauten Rathaus, sondern im Kantonsratssaal durchgeführt werden konnte. Nach der Sitzung ging es Schlag auf Schlag: Die Schulen, Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, das Wort Lock-down wurde zu einem geflügelten Wort. In der Folge wurden die Ratssitzung vom 2. April und alle Kommissionssitzungen abgesagt. Tag für Tag kam etwas Neues aus Bern. Dem Sprechenden war wichtig, dass auch in der Zeit, in welcher keine Sitzungen durchgeführt werden konnten, trotzdem eine gewisse Mitbeteiligung des Parlaments gewährleistet würde. Er hat deshalb sehr früh in einem Brief an Stadtpräsident Beat Züsli angeregt, dass man Formen finden sollte, um das Stadtparlament auch während dieser Zeit einzubeziehen. Den Mitgliedern der Geschäftsleitung wurde mitgeteilt, wie der Stand der Dinge war, und es wurden Varianten entwickelt, wie eine solche Mitarbeit aussehen könnte. Die Sitzungen des Stadtrates fanden weiterhin virtuell statt. Die Idee war dann, die Geschäftsleitung als Echoraum für den Stadtrat zu nutzen, in welchen er seine Anliegen eingeben könnte und ein Feedback erhalten würde. So wäre er nicht im luftleeren Raum. Es wurde auch die Variante geprüft, ob Kommissionssitzungen als Videokonferenzen durchgeführt werden könnten. Nach einer ausserordentlichen Geschäftsleitungssitzung, die physisch stattfand, wurde ein Konzept vorgestellt, das vorsah, die Leute auf vier verschiedenen Kanälen einzubeziehen: dem Kanal der Geschäftsleitung, dem Kanal des Grossen Stadtrates, dem Kanal der Kommissionen und dem Kanal der Öffentlichkeit. Seither wurde über diese vier Kanäle gearbeitet. Bei der ausserordentlichen Geschäftsleitungssitzung wurden auch Vorarbeiten für die Sitzverteilung in den Kommissionen geleistet, damit diese termingerecht vorgenommen werden kann. Ein Ziel der Geschäftsleitung war auch, am 14. Mai, also heute, wieder eine Ratssitzung durchzuführen. Es ist klar, dass Ratssitzungen nicht als Videokonferenz durchgeführt werden können, das ist auch rechtlich nicht möglich.

Die Stadt Luzern war mit ihren Fragen während dieser ganzen Zeit nicht allein, sie suchte auch den Austausch. Der Sprechende hatte Kontakt mit St. Gallen, das eine Vergleichsstadt zu Luzern ist. Er hat mit den zuständigen Stellen in St. Gallen das Schutzkonzept und Erfahrungen ausgetauscht und gute Tipps erhalten. St. Gallen war entschlossen, eine Sitzung durchzuführen, und hat zu diesem Zweck eine Dreifachturnhalle völlig anders eingerichtet. Der Sprechende war auch im Gespräch mit Kriens, Emmen und Horw. Kriens hat schon früh entschieden, eine Sitzung durchzuführen; diese hat letzte Woche stattgefunden. Emmen sagte nach langem Hin und Her seine Sitzungen ab, dort wird am 30. Juni eine ganztägige Sitzung stattfinden. Horw hat letzten Montag beschlossen, am 26. Mai eine Sitzung durchzuführen. Die Stadt Luzern entwickelte dann mit dem Kanton ein Schutzkonzept für die Kommissionen und das Stadtparlament. Darin ist vor allem die Eigenverantwortung wichtig; jeder und jede muss die Bedingungen selber einhalten. Ein Punkt im Schutzkonzept ist auch, dass die heutige Sitzung nur bis zum Mittag dauert, trotz der vielen Geschäfte, die noch zu behandeln wären.

Eine Bedingung des Kantons, dass die Stadt diese Sitzung überhaupt abhalten darf, war auch, dass es kein Publikum gibt, mit Ausnahme einer kleinen Delegation der Antragstellenden während der Behandlung des Bevölkerungsantrags Dammgärtli, die der Sprechende herzlich begrüsst.

Um 10 Uhr wird Franca Pedrazetti Fotos für das Stadtmagazin machen.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Heute gibt es wieder Erfreuliches und Trauriges mitzuteilen; der Sprechende beginnt mit dem Erfreulichen: Marco Müller wurde am 26. April 40 Jahre alt. Er konnte, wie der Sprechende hörte, nicht eine grosse Party veranstalten, aber er habe es im kleinen Kreis doch lustig gehabt. Der Sprechende gratuliert ihm ganz herzlich zu seinem runden Geburtstag; ein Präsent hat ihm Brigitte Koller bereits auf sein Pult gestellt.

Die Anwesenden schliessen sich der Gratulation des Ratspräsidenten mit einem Applaus an.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach gratuliert allen Ratsmitgliedern, die in den Wahlen gut abgeschnitten haben und ihre politische Tätigkeit in der neuen Legislatur, vielleicht dann wieder im Rathaus, fortsetzen werden.

Eine traurige Nachricht ist der Tod von Ursula Stämmer-Horst, die mit nur 61 Jahren ihrem schweren Krebsleiden erlag. Ursula Stämmer-Horst war von 2000 bis 2016 Mitglied des Stadtrates und leitete zuerst die damalige Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, dann von 2012 bis 2016 die Bildungsdirektion. Ursula Stämmer-Horst war immer sehr nahe bei den Leuten, z. B. damals als OK-Präsidentin des Jodlerfestes, und natürlich an der Fasnacht. Auch in der Politik kannte sie keine Berührungsängste. Sie stand zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln, hat sich aber immer als Mitglied der Stadtregierung gesehen und sich jenseits aller Parteigrenzen für unser Gemeinwesen eingesetzt. Ursula Stämmer-Horst suchte das Gespräch mit allen und hat für ihre Überzeugungen gekämpft. Dabei schreckte sie auch nicht vor unpopulären Entscheidungen zurück. Ihr ging es immer um die Sache, um den Menschen, und sie war – das weiss der Sprechende selber – nie nachtragend. Typisch für sie war, was sie dem Sprechenden einmal erzählte: Sie sei an einem Quartieranlass gewesen, habe so viele Tombolalose gekauft wie niemand sonst, und sei noch länger als bis Mitternacht geblieben. Das war Ursula Stämmer-Horst. Nach ihrem Rücktritt aus dem Stadtrat diene sie der evangelisch-reformierten Kirche als Präsidentin und hat dort trotz einer nur kurzen Amtszeit ihre Spuren hinterlassen. Gern hätte sie dieses Jahr noch einmal am legendären Fasnachtsanlass Gisela und Ruedi teilgenommen, der ihr so viel bedeutete. Bis am Schluss hoffte sie, aber es ging einfach nicht mehr. – Der Sprechende bittet die Anwesenden, sich zu erheben und der Verstorbenen gedenken.

Die Anwesenden erheben sich zum stillen Gedenken an Ursula Stämmer-Horst.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Das als dringlich eingereichte Postulat 396, Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 9. März 2020:
Einrichtung eines Entschädigungsfonds für Kunst- und Kulturschaffende und nahe Berufe im Veranstaltungsbereich
wurde am 12. Mai 2020 **zurückgezogen**.
- Das als dringlich eingereichte Postulat 411, Mario Stübi und Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:
Wochenmarkt umgehend dezentral wieder stattfinden lassen
wurde am 6. Mai 2020 **zurückgezogen**.
- Dringliches Postulat 394, Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 9. März 2020:
Hilfe für Griechenland – Aufnahme von Geflüchteten

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit des Postulats 394 ab. Die Flüchtlingshilfe wird vom Bund respektive durch das Staatssekretariat für Migration geregelt. Eine individuelle Lösung auf Gemeindeebene ist nicht vorgesehen.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 394.

- Dringliches Postulat 402, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 27. April 2020:
Die Lunge der Stadt retten: Keine Lüftungszentrale im Gütschwald

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit, ist aber bereit, die Stellungnahme zeitnah zuzustellen.

Irina Studhalter erklärt, dass die G/JG-Fraktion damit einverstanden ist.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach nimmt an, dass der Vorstoss für die nächste Sitzung traktandiert werden kann.

- Dringliches Postulat 403, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 27. April 2020:
Unkomplizierte Unterstützung für das Gastgewerbe – flexible Nutzung des öffentlichen Raumes

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 403 ist somit beschlossen.

- Dringliches Postulat 405, Mirjam Landwehr und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 30. April 2020:

Vorrang für Zufussgehende und Velofahrende

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 405 ist somit beschlossen.

- Dringliches Postulat 406, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Mai 2020:

Genügend sicheren Frischluft-Freiraum auch in Pandemiezeiten

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Thomas Gfeller: Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben das Dringliche Postulat 406 mehrmals gelesen und müssen gestehen, dass sie immer noch nicht ganz verstanden haben, was der Postulant damit bezwecken will. Die Forderung des Bundes während des Lockdowns lautete, «Bleibt zuhause!», und nicht, «Geht spazieren!» **Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit des Postulats** sowie das Postulat selber **ab**. Die Massnahmen, auf welche sich das Postulat bezieht, waren temporärer Natur und sind zwischenzeitlich nicht mehr aktuell. Der Sprechende hätte eigentlich vom Postulanten erwartet, dass er das Postulat aufgrund der neuen Ausgangslage zurückzieht.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 406.

- Dringliches Postulat 407, Simon Roth und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:

Internationale Solidarität bei der Bewältigung der Corona-Pandemie

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Thomas Gfeller: **Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit des Postulats** sowie das Postulat selber **ab**. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, mit Steuereinnahmen Spenden zu tätigen. Spenden

sind nicht coronabedingt; jeder, der etwas spenden möchte, kann das tun, aber er soll es freiwillig tun.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 407.

- Dringliches Postulat 408, Simon Roth, Gianluca Pardini und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:

Temporäre Nutzung von Strassenraum und Parkplätzen durch die Gastronomie

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit des Postulats ab, denn es geht um das gleiche Thema, das der Grosse Stadtrat auch sonst immer von der linken Seite hört, jetzt einfach mit einem Coronamäntelchen überzogen.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 408.

- Dringliche Interpellation 409, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:
Umsetzung der Corona-Kita-Unterstützung in der Stadt Luzern

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit der Interpellation 409 ab. Die Antworten liegen ja vor, die SVP-Fraktion wäre damit einverstanden, dass die Interpellation für die nächste Ratssitzung traktandiert würde. So hätten die Fraktionen die Möglichkeit, die Antwort seriös zu lesen und zu beurteilen.

Maria Pilotto: Für die Kitas und die Kita-Familien ging in den letzten Wochen vieles drunter und drüber. Damit sie wieder in einem geordneten und finanziell sicheren Alltag ankommen können, braucht es jetzt Klarheit über die Fakten. Sie liegen soweit auch vor, darum muss der Grosse Stadtrat heute über diese Themen debattieren, damit die Öffentlichkeit, also die Eltern und die Kitas, wissen, wie der Stadtrat zu den aktuellen Geschehnissen steht. Falls in den Antworten noch keine klaren Fakten geboten werden können, braucht es zumindest Klarheit über die verschiedenen Rollen und darüber, wie sich der Stadtrat zu diesen Themen stellt.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit der Interpellation 409.

- Dringliche Interpellation 410, Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 4. Mai 2020:

Auswirkungen der Coronakrise auf den Musikschulunterricht

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit der Interpellation 410 ab, und zwar aus dem gleichen Grund, welchen der Sprechende schon vorhin nannte: Es sollte noch genug Zeit bleiben, die Antworten des Stadtrates in den Fraktionen zu besprechen.

Simon Roth macht eine allgemeine Bemerkung zu den Ablehnungsanträgen der SVP-Fraktion. Er hat das Gefühl, dass in der SVP-Fraktion, obwohl es jetzt auf das Ende der Legislatur zugeht, noch nicht ganz verstanden wurde, was dringlich und nicht dringlich bedeutet. Würde man diese Vorstösse für nicht dringlich erklären, hätte das zur Folge, dass der Grosse Stadtrat irgendwann im nächsten halben Jahr darüber diskutiert. Das kann ja nicht Idee und Sinn der Dringlichkeit sein.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit der Interpellation 410.

- Dringliches Postulat 413, Claudio Soldati und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:

Luzerner Gewerbe retten: Gewerbemieten und Pachtzinsen stunden oder erlassen

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 413 ist somit beschlossen.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Die dringlichen Vorstösse werden nach Traktandum 5 behandelt. Eventuell wird die Sitzung dann für eine kurze Lesepause unterbrochen, damit die Mitglieder des Grossen Stadtrates etwas mehr Zeit haben, um die Stellungnahmen und Antworten des Stadtrates zu lesen, die sie erst jetzt elektronisch auf der mobilen Sitzungsvorbereitung erhalten.

2 Genehmigung der Protokolle 41 vom 19. Dezember 2019 und 42 vom 30. Januar 2020

Die Protokolle 41 vom 19. Dezember 2019 und 42 vom 30. Januar 2020 werden genehmigt.

- 3 Bericht und Antrag 34/2019 vom 4. Dezember 2019:**
Schulanlage Ruopigen:
Erweiterung als Provisorium und Raumrochaden
- **Sonderkredit für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium**
 - **Zusatzkredit für B+A 10/2015: «Schulraumentwicklung im Stadtgebiet Littau/Reussbühl», Raumrochaden**

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat am 9. Januar, 6. Februar und 5. März 2020 den Bericht und Antrag «Schulanlage Ruopigen: Erweiterung als Provisorium und Raumrochaden» beraten. Dabei geht es einerseits um den Sonderkredit für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium sowie andererseits um den Zusatzkredit zum B+A 10/2015: «Schulraumentwicklung im Stadtgebiet Littau/Reussbühl».

Völlig unbestritten war in der Baukommission der Zusatzkredit für die Raumrochaden, und die längerfristige Gesamtanierung der denkmalgeschützten Anlage stiess auf Zustimmung.

Die Ausführungen zum Sonderkredit für das Provisorium gaben der Kommission jedoch Anlass zu verschiedenen Fragen und zu viel Kritik. Damit das zeitlich dringende Geschäft dennoch zu einem guten Abschluss gebracht werden könnte, wurde die Beratung zweimal sistiert, um durch die Verwaltung verschiedene Zusatzabklärungen, fachliche Nachweise und alternative Lösungen wie die Nachrüstung auf einen Minergie-Standard einholen bzw. erarbeiten zu lassen, was von der Verwaltung auch fristgerecht gemacht wurde.

Kritisiert wurde der riesige Zeitdruck aufgrund der einmal mehr sehr kurzfristigen Schulraumplanung und der späten Feststellung des schlechten Zustands des heutigen Pavillons 99. Dadurch erst kam es zum Entscheid des Stadtrates, das vorgesehene Basler Occasionsmodul zu beschaffen.

Es ist nachvollziehbar, dass in dieser Situation eine Güterabwägung mit einer Priorisierung durch den Stadtrat vorzunehmen war. Bei dieser Priorisierung setzte er die Einhaltung des Termins und die Kosten vor den ökologischen Fussabdruck, was vor dem Hintergrund des ausgerufenen Klimanotstands und des politischen Willens des Parlaments bei einer Kommissionsmehrheit auf Unverständnis stiess. Dies vor allem auch deshalb, weil dieses Provisorium garantiert viel länger als drei Jahre benutzt wird und somit gesetzlich nicht als Provisorium gilt. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Energiebereich und damit die Bewilligungsfähigkeit des Provisoriums, der Energiestandard inklusive sommerlicher und winterlicher Wärme- und Kälteschutz wie auch die ausreichende Schalldämmung wurden ausführlich diskutiert. Die Qualität verschiedener fachlicher Auskünfte oder Nachweise wurde von einem Teil der Kommission zumindest angezweifelt. Im Laufe der Diskussionen und der Lösungssuche tauchten auch neue Themen wie der mögliche Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Provisoriums auf, was wiederum zu weiteren Abklärungen führte.

Schliesslich beschloss die Kommission mit 5 : 3 : 1 Stimmen, die Übung mit dem Basler Occasionsmodul und allfälligen Aufrüstungen abzuberechnen. Sie will aus ökologischen Gründen einen Neubau, wie er im Grenzhof oder St. Karli – bezeichnet als Luzerner Modul – eingesetzt wird. Der

Sonderkredit für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium des Schulhauses Ruopigen in der Höhe von 5,585 Mio. Franken wurde deshalb abgelehnt.

Gleichzeitig überwies die Kommissionsmehrheit mit 6 : 3 : 0 Stimmen eine Protokollbemerkung, mit der der Stadtrat beauftragt wird, einen B+A mit dem Kauf des Luzerner Moduls dem Parlament raschmöglichst vorzulegen.

Der Baukommission ist bewusst, dass dies eine zeitliche Verzögerung von gegen 16 Monaten zur Folge hat. Dies bedauert sie sehr, sieht jedoch keine andere Lösung.

Nico van der Heiden: Leider hat dieser B+A der SP/JUSO-Fraktion keine Freude bereitet. Die Ausgangslage ist klar: Das Schulhaus Ruopigen muss ungefähr 2030 saniert werden. Die Stadt ist aber heute für diese Sanierung noch nicht bereit, deshalb braucht es eine Zwischenlösung, weil Schulraum fehlt. Diese Zwischenlösung entstand unter höchstem Zeitdruck. Das hat bei der SP/JUSO-Fraktion dann schon einmal ein erstes Unverständnis ausgelöst, die Schulraumplanung der Stadt Luzern hat sich in jüngster Vergangenheit als nicht sehr zuverlässig erwiesen. Der Zeitdruck, der dadurch entstand, führte den Stadtrat zu einem Entscheid, der aus Sicht der Fraktion schlicht falsch ist: Der Stadtrat entschied nämlich sehr schnell, mit Occasionsmodulen zu arbeiten, die man auf dem Markt kaufen kann. Er fand ein wirtschaftlich günstiges Angebot, also hat er zugegriffen. Die Baukommission stellte jedoch schon bald fest, dass diese Occasionsmodule energetisch völlig ungenügend sind. Dieses Kriterium scheint beim Kauf nicht gross berücksichtigt worden zu sein, zumal, wie der Sprechende glaubt, auf dem Markt auch nur ein einziges Angebot vorhanden war. Die Baudirektion hat dann versucht, die Baukommission davon zu überzeugen, dass man diese Occasionsmodule mit Aufrüstungsoptionen noch irgendwie retten respektive nachbessern könne. Aber letztlich bleiben sie, auch wenn man viel investiert, energetisch ungenügend, sie erfüllen die Vorgaben von netto null CO₂ bis 2030 einfach nicht. Die Stadt macht sich ja jetzt auf den Weg zu netto null CO₂ bis 2030, sie hat dabei auch eine Vorbildfunktion. Die Module werden mit Sicherheit länger als bis 2030 in der Stadt im Einsatz sein. Deshalb bleibt die SP/JUSO-Fraktion konsequent und lehnt den Kauf auch von nachgebesserten Occasionsmodulen ab. Sie sind mit den energetischen Zielen der Stadt Luzern nicht kompatibel. Wie will die Stadt private Bauherren und -frauen davon überzeugen, energetisch hochwertig zu sanieren, wenn sie selber die letzten 5 Prozent auf dem Weg zu netto null CO₂ bis 2030 als zu teuer betrachtet? Völlig unverständlich ist für den Sprechenden die Argumentation des Stadtrates im StB 176, beim Erstellen des Berichts und Antrags sei der Klimanotstand ja noch nicht ausgerufen gewesen. Als würde dieses Parlament erst seit zwei Monaten mit der Baudirektion darüber streiten, wie man energetisch saniert! Dieser Streit wird geführt, seit der Sprechende im Parlament ist, und das ist schon sehr lange. Eines seiner ersten Geschäfte war die Sanierung des Schulhauses Felsberg. Die Vorlage des Stadtrates war energetisch völlig ungenügend. Das Parlament hat mit hitzigen Diskussionen, Sistierungen, Zusatzkrediten nachgebessert. Der Grosse Stadtrat wird auch in naher Zukunft bei der Vorlage zum Schulhaus St. Karli sehen – so die Prognose des Sprechenden –, dass die Baudirektion wieder genau gleich die energetischen Vorgaben nicht umsetzt. Das ist einfach enttäuschend. Was muss der Grosse Stadtrat denn noch machen, damit ökologisches Sanieren in der Baudirektion endlich verstanden wird? Der Sprechende wünschte sich einmal eine Aussprache grundsätzlicher Art zwischen Baukommission und Baudirektion, denn die Diskussion immer wieder bei den verschiedenen Berichten und Anträgen aufzunehmen ist nicht zielführend und nicht erbaulich, weder

für die Verwaltung noch für den Stadtrat, noch für die Mitglieder der Baukommission. Wenn sogar die drei Vertreter der SP/JUSO-Fraktion in der Baukommission, die in diesen Themen ja vollkommene Laien sind, feststellen, dass von den Fachleuten aus der Baudirektion grundlegende Fehler begangen werden, ist wirklich etwas schief.

Umso unverständlicher ist das Vorgehen beim vorliegenden Geschäft auch, weil die perfekte Alternative auf dem Tisch lag, sie musste nicht erfunden werden. Vor wenigen Monaten hat der Grosse Stadtrat Module für das Schulhaus Grenzhof bewilligt, Marke Neubau Luzerner Modell, energetisch absolut vorbildlich. Wieso man diese pfannenfertige Lösung beim Schulhaus Ruopigen nicht hervorgeholt hat, ist der SP/JUSO-Fraktion ein Rätsel. Der Sprechende kann es sich nur mit dem Zeitdruck erklären, weil es eben schneller geht, etwas pfannenfertig einzukaufen, statt es auszuschreiben und selber etwas Neues zu beschaffen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten, sie wird Ziffer I ablehnen und der Ziffer II zustimmen. Sie unterstützt die von der Baukommissionspräsidentin erwähnte Protokollbemerkung der Baukommission, welche die möglichst schnelle Anschaffung von energetisch hochwertigen Modulen auch für das Schulhaus Ruopigen fordert. Die Fraktion ist sich bewusst, dass das für die Schülerinnen und Schüler in diesem Gebiet zu ein paar unangenehmen Monaten führt, wenn der Unterricht auf verschiedene Standorte verteilt wird stattfinden müssen. Aber den Schülerinnen und Schülern ist auch nicht geholfen, wenn sie kurzfristig eine angenehme Schule haben, aber die Stadt dafür langfristig das Klima an die Wand fährt.

Andreas Felder: Die CVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Erstellung des Berichts und Antrags. Es ist erfreulich, dass die Stadt im Ruopigen in den nächsten zehn Jahren 50 zusätzliche Lernende auf der Sekundarstufe ausbilden darf. Die Anforderungen aufgrund des Volksschulraumprogramms sind unbestritten, der Handlungsbedarf ist ohne Zweifel ausgewiesen.

Weniger erfreulich ist jedoch die absolut mangelhafte Planung des Schulraums. Erst im Sommer 2019 stellte die Stadt fest, dass im Ruopigen ein zusätzlicher Schulraumbedarf von 1'600 m² besteht. Wenn es das erste Mal gewesen wäre, dass ein solcher Fehler in der Schulraumplanung passierte, könnte man das noch hinnehmen, aber es war leider nicht das erste Mal und die Stadt muss jetzt wieder in einer Feuerwehrrübung zusätzlichen Schulraum schaffen. Die Folge ist einmal mehr, dass das Parlament ein Projekt vorgelegt erhält, das es eigentlich nur noch durchwinken oder an den Absender zurückschicken kann, was entsprechende Folgen hätte. Im vorliegenden Fall ist die Versuchung gross, das Geschäft zurückzuweisen. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung mit den Occasionsmodulbauten entspricht klar nicht den energetischen Anforderungen, welche das Parlament an die Stadt stellt. Es ist auch nicht möglich, die gewünschte Zertifizierung zu erreichen. Weiter weisen die Modulbauten im Bereich der Akustik ebenfalls Defizite auf, wo es eine bessere Lösung bräuchte.

Letztlich muss man sich aber überlegen, wie man die verschiedenen Aspekte gewichtet. Da war für die CVP-Fraktion nach langem Hin und Her schon in der Baukommission klar, dass die Vorteile der vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösung überwiegen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Es ist immer besser, wenn man auf Occasionsbauten zurückgreifen kann, statt neu zu bauen. Zudem haben sich diese Modulbauten ja in der Praxis bewährt.
- Mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösung wird der Schulraum rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

- Wenn man die Module neu bauen wollte, wäre mit Mehrkosten von zirka 2 Mio. Franken zu rechnen.
- Für die CVP-Fraktion liegt der Hauptgrund darin, dass für sie die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler über dem Bedürfnis stehen, ein Provisorium mit einem Zertifikat auszustatten. Wenn der Grosse Stadtrat den B+A zurückweist oder im Antrag Ziffer I ablehnt und die Protokollbemerkung der Baukommission überweist, kommt es zu einer Verzögerung von mindestens einem Jahr. Die Schülerinnen und Schüler, die bereits jetzt auf verschiedene Standorte aufgeteilt sind, werden weiterhin an verschiedenen Orten unterrichtet. Da ist es für die CVP-Fraktion bei der Güterabwägung ganz klar wichtiger, einen guten Schulraum zur Verfügung zu stellen. Die CVP-Fraktion wird daher auf den B+A eintreten und ihm zustimmen. Falls ein Antrag zur Ausrüstung der Occasionsmodulbauten mit einer Photovoltaikstandardmodulanlage gestellt wird, kann die Fraktion dazu Hand bieten.

Judith Wyrsh dankt für den B+A «Schulanlage Ruopigen». Kurz und bündig: Die GLP-Fraktion stimmt dem B+A zu und folgt der nachgerüsteten Provisoriumslösung des Stadtrates. Die Fraktion ist aber sehr dankbar für den aufmerksamen Energiehinweis innerhalb der Baukommission zu den Occasionsmodulbauten. Weil sie die Forderung der Baukommission, den Modulbau nachzurüsten, unterstützen will, folgt sie dem Vorschlag des Stadtrates zu einer Nachrüstung, die ja zeitlich beschränkt ist. Die daraus entstehenden Kosten sind, gerechnet auf acht Jahre Nutzung und zirka 240 Schüler, absolut notwendig. Damit können unnötige Verzögerungen oder weitere Rochaden für die Schülerinnen und Schüler vermieden werden. Die Schülerinnen und Schüler werden im Pavillon nur zeitlich beschränkt Unterricht haben. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu, sie lehnt die Protokollbemerkung der Baukommission zu Kapitel 8.5 ab.

Mirjam Landwehr dankt für den B+A zum Schulhaus Ruopigen. Es geht um Schulraum, also um ein Anliegen, das grundsätzlich nicht gross in Frage gestellt wird. Die Stadt wächst und braucht entsprechend auch mehr Raum für den Schulunterricht. Das ist ganz nüchtern betrachtet ein Sachzwang, über welchen man nicht gross diskutieren muss. Auf den ersten Blick ist es also ein völlig unproblematischer B+A. Die darin beantragte Investition ist zwar ein bisschen unschön mit Blick auf die später noch anstehende Generalsanierung, aber es ist auch verständlich, dass jetzt mangels passender Schulraumalternative schnell eine Lösung gefunden werden muss. In diesem Zusammenhang will die Sprechende lobend erwähnen, dass schon jetzt daran gedacht wurde, dass die Massnahmen und Anschaffungen, die heute ergriffen und getätigt werden müssen, später aufwärtskompatibel sind. Ebenfalls richtig und wichtig ist, dass schon heute die Denkmalpflege mit im Boot ist. Die Raumrochade im bestehenden Gebäude ist unbestritten notwendig, die G/JG-Fraktion wird dem entsprechenden Zusatzkreditantrag zustimmen. Anders sieht es leider beim Kreditantrag für den Kauf eines sogenannten Occasionsprovisoriums aus. Die Kommissionsberatungen zu diesem Thema waren ein Trauerspiel in drei Akten. Im B+A wird dem Parlament eine Lösung vorgeschlagen, die schlicht und einfach nicht tragbar ist. Es ist unglaublich, dass man dem Parlament eine «Friss-oder-stirb»-Lösung unterbreitet, die den städtischen Nachhaltigkeitszielen so markant widerspricht. «Friss oder stirb» sagt die Sprechende darum, weil der Zeitplan des Stadtrates von Anfang an so knapp war, dass man sogar bereits ein Baugesuch öffentlich auflegen musste, bevor

das Parlament überhaupt über den Kaufkredit entscheidet. An dieser Stelle erlaubt sich die Sprechende die Klammerbemerkung, dass eine Schülerzahlprognose vielleicht auf längere Zeit hinaus erstellt werden sollte als über zehn Jahre. Klar kann niemand hellsehen, und ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die 2030 zur Schule gehen werden, ist heute noch nicht einmal auf der Welt. Aber in der Planung ist ein Blick auf zehn Jahre relativ knapp, je nach Komplexität des Projekts ist die Schülerzahlprognose, die man zu Beginn der Planung zugrunde legt, dann, wenn das Gebäude endlich gebaut ist, noch weniger als fünf Jahre gültig.

Seit der öffentlichen Auflage des Baugesuchs für den besagten Occasionspavillon aus Basel ist es bereits ein Zeitchen her, denn schon im Januar hat die Baukommission zum ersten Mal über diese Vorlage beraten. Ein Holzmodulbau solle den heutigen Pavillon 99 ersetzen. Dass ein Holzbau eine gute Idee ist, sieht die G/JG-Fraktion gleich wie der Stadtrat. Aber beim genauen Hineinschauen in den B+A ist die Fraktion leider nicht mehr gleicher Meinung wie der Stadtrat. Im B+A wird vorgeschlagen, einen Pavillon aufzustellen, der nicht einmal den Minergie-Standard erreicht. Neben den energetischen Mängeln würde der Pavillon auch noch eine ganze Reihe von Komfortproblemen mit sich bringen. Der Stadtrat muss es sich merken: Es genügt nicht, dass man jetzt – 2020 – auf eine Lösung setzt, die gemäss B+A als Qualitätsmerkmal lediglich eine viel bessere Energiebilanz aufweist als die heutige, sanierungsbedürftige Schulanlage. Nicht einmal mit zwei zugeführten Augen und zugehaltenen Ohren könnte die G/JG-Fraktion das zähneknirschend durchgehen lassen. Das Argument, dass es ein Provisorium ist und man es darum mit dem Ziel netto null auch nicht so ernst nehmen muss, gilt nicht. Es ist ja nicht einmal ein Provisorium, weder im rechtlichen Sinn noch im ganz praktischen. Der Pavillon wird rund zehn Jahre in Ruopigen stehen, bevor er dann innerhalb der Stadt an einen, zwei oder drei andere Standorte versetzt wird. Es ist gelinde gesagt irritierend, was der Stadtrat dem Parlament da vorgelegt hat. Und auch die Nachbesserung, die nach langen Diskussionen vorgeschlagen wurde, nämlich eine Aufrüstung des Occasionsmodulbaus, der dann aber doch nicht ganz Minergie-A zertifizierbar ist, ist aus Sicht der G/JG-Fraktion nicht tragbar. Für sie ist klar: Die Stadt muss bei allen Gebäuden, die sie künftig aufstellen wird, eine höchstmögliche Energieeffizienz erreichen. Und dazu gehört auch der Modulbau in Ruopigen. Die G/JG-Fraktion wird darum den Sonderkreditantrag für den Kauf des Pavillons ablehnen. Um aber die Raumrochade zu ermöglichen, wird die Fraktion trotz dieser gravierenden Mängel auf den B+A eintreten. Sie wird die Protokollbemerkung aus der Baukommission, die den Kauf eines Modulneubaus mit entsprechender Energie- und Komfortbilanz fordert, unterstützen. Auch die G/JG-Fraktion ist sich bewusst, dass es für die Schülerinnen und Schüler unangenehm sein wird, ein Jahr weiterhin zwischen den verschiedenen Standorten hin- und herreisen zu müssen. Aber wie es Nico van der Heiden schon ausführte, glaubt auch die G/JG-Fraktion, dass der jungen Generation nicht geholfen ist, wenn die Stadt wegen der Dringlichkeit des Schulraumbedarfs weiterhin dem Klimawandel nicht mit den nötigen Massnahmen entgegenwirkt.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für den B+A. Die Fraktion hatte zunächst den Eindruck, dass die Schulraumplanung dem Stadtrat zunehmend entgleitet. Nachdem der Grosse Stadtrat bereits beim Schulhaus Würzenbach notfallmässig einem B+A zustimmen musste, legt ihm der Stadtrat erneut ein Geschäft vor, zu dem die Ratsmitglieder nur noch mit dem Kopf nicken können. Die Baueingabe wurde bereits gemacht, und gefühlt ist der Modulbau aus Basel schon unterwegs und befindet sich kurz vor Olten. So stellt sich

die FDP-Fraktion das jedoch nicht vor. Das Schlimme ist allerdings, dass dies noch nicht einmal das Hauptproblem an diesem B+A ist.

Auf Seite 7 im B+A heisst es im Kapitel 1: «Obwohl es sich um eine Übergangslösung handelt, deren Planung und vor allem deren Umsetzung zeitkritisch sind, macht der Stadtrat bei der Qualität keine Abstriche.» Das tönt zwar schön, stimmt aber leider überhaupt nicht.

Für die FDP-Fraktion ist der Zusatzkredit von 1,125 Mio. Franken für die baulichen Massnahmen beim bestehenden Schulhaus unbestritten. Ihr gefällt der sorgfältige Umgang mit der bestehenden Schulanlage, und die geplanten Massnahmen, z. B. im Bereich des Brandschutzes, sind auf jeden Fall nötig. Der Stadtrat hat erkannt, was für ein Juwel die Schulanlage Ruopigen ist. Die in etwa zehn Jahren vorgesehene Gesamtisanierung dieser einmaligen Anlage wird eine grosse Herausforderung werden. Es ist deshalb gut, wenn die Stadt genug Zeit hat, um sie sorgfältig anzugehen. Jetzt aber zum unangenehmen Teil des Berichts und Antrags, zur geplanten Erweiterung der Schulanlage. Die Stadt Luzern hat am 24. Oktober 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Zudem hat der Grosse Stadtrat bereits im Juni 2019 eine Motion für eine neue städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik überwiesen. Für die FDP-Fraktion hat sich damit allerdings an ihrer Haltung bezüglich der Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden nichts geändert. Sie fordert seit Jahren konsequent, dass Neubauten und Sanierungen von Gebäuden höchste Anforderungen an die Energieeffizienz erfüllen müssen, das ist nichts Neues. Aber natürlich fühlt sich die Fraktion bestärkt, auf diesem Weg konsequent weiterzufahren.

Im Kapitel 6 des Berichts und Antrags, «Projektziele», hat der Stadtrat zehn Punkte oder eben Ziele aufgeführt, die er mit diesem Projekt erreichen will. Dass sich von diesen zehn Zielen kein einziges auf das Thema Energieeffizienz bezieht, erschüttert die FDP-Fraktion. Wie kann es sein, dass der Stadtrat 6,7 Mio. Franken in eine Schulanlage investieren will und in Sachen Energieeffizienz kein einziges Ziel verfolgt? Wer keine Ziele verfolgt, kommt offensichtlich leicht vom Weg ab. Der Stadtrat hat sich entschieden, einen gebrauchten Holzmodulbau zu kaufen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Da es sich im vorliegenden Fall nicht um ein Provisorium handelt, erwartet die FDP-Fraktion selbstverständlich, dass das Gebäude alle Anforderungen des kantonalen Energiegesetzes einhält. Dort heisst es unter anderem in § 26, «Vorbild öffentliche Hand»: «Für Bauten von Kanton und Gemeinden werden die Minimalanforderungen an die Energienutzung erhöht. Der Regierungsrat legt einen Standard und die Ausnahmen fest.» Das hat der Regierungsrat in der Verordnung auch getan. Der Vorschlag des Stadtrates erreicht im besten Fall die Anforderungen, wie sie für private Bauten gelten. Er erfüllt aber nicht einmal die normalen Minergie-Anforderungen; von den Standards Minergie-A oder Minergie-P, wie sie für Neubauten der Stadt Luzern eigentlich immer gelten, aber auch vom Eco-Standard ist die Stadt damit offensichtlich meilenweit entfernt. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist völlig klar, dass die Stadt Luzern es sich nicht leisten kann, heute noch Gebäude zu bauen, welche den aktuellen Anforderungen an die Energieeffizienz bei Weitem nicht genügen. Der Vorschlag des Stadtrates weist nach eingehender und sorgfältiger Prüfung und Beurteilung der Fraktion unter anderem folgende gravierende Mängel auf:

- Er erfüllt das Energiegesetz des Kantons Luzern nicht.
- Er erfüllt die energetischen Anforderungen an den Gebäudestandard 2015 von Energiestadt nicht.
- Er erfüllt die Vorgaben von Minergie-Eco nicht.
- Er bietet keinen zeitgemässen sommerlichen Wärmeschutz.

- Er bietet nur einen bescheidenen Schallschutz zwischen den Unterrichtsräumen.
- Er erfüllt die Anforderungen an die Raumakustik nicht.
- Er weist ein vergleichsweise ineffizientes Heizsystem auf.
- Es ist nicht möglich, die ganze Dachfläche mit PV-Modulen zu belegen, wie die Untersuchungen zeigten.

Der Sprechende verzichtet darauf, auf die einzelnen Punkte detailliert einzugehen. Die Baukommission hat stundenlang über diese Punkte diskutiert, man kann das alles in den Protokollen nachlesen.

Die FDP-Fraktion wird also den Zusatzkredit für den Neubau ablehnen. Sie tut dies nicht leichtfertig, aber es ist für sie alternativlos. Sie hätte sich sehr gewünscht, dass die Zeit der Provisorien für die Kinder und für die Lehrpersonen endlich ein Ende hätte, und sie bedauert es sehr, dass der Stadtrat es nicht schaffte, rechtzeitig eine adäquate Lösung zu präsentieren. Die Verantwortung für diesen Scherbenhaufen trägt nicht der Grosse Stadtrat und auch nicht die Baukommission, die alles versucht hat, um das Geschäft zu retten. Die FDP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat nach einem ablehnenden Entscheid zum Basler Modul, wie er sich abzeichnet, alles unternimmt, damit so rasch wie möglich eine dauerhafte Lösung erstellt werden kann und das Provisorium für die Betroffenen möglichst wenige Einschränkungen mit sich bringt.

Oliver Heeb: Die SVP-Fraktion bedankt sich für den B+A «Schulanlage Ruopigen». Der Stadtrat hat bei seinen Erwägungen vor allem zwei Faktoren im Auge behalten: eine zeitnahe Umsetzung, damit die Schülerinnen und Schüler nicht noch länger zwischen auseinanderliegenden Schulräumen hin- und herpendeln müssen, und eine Lösung, die auch finanziell vernünftig ist. Eigentlich wäre das eine potenzielle Win-win-Situation. Wäre alles nach Plan gelaufen, hätten die Schülerinnen und Schüler auf diesen Herbst hin ihre Schulräume in Ruopigen beziehen können. Das wäre ihnen gewiss mehr als nur zu gönnen gewesen. Die SVP-Fraktion hat sich ausgiebig mit den Occasionsmodulen aus der Stadt Basel befasst. Diese Module haben sich bei den Basler Schulen bewährt und sind dort auch weiter in Gebrauch. Die Fraktion sieht nicht ein, warum etwas, das sich in Basel bewährt hat, nicht auch in der Stadt Luzern gut genug sein soll, zumal es sich beim Projekt in Ruopigen nicht um eine definitive Lösung, sondern um eine Übergangssituation handelt. Dass diese Occasionsmodule bezüglich Energieeffizienz nicht auf dem neusten Stand sind und mit ihnen das Ziel netto null CO₂ bis 2030 nicht erreicht werden kann, ist auch der SVP-Fraktion klar. Die Fraktion will sich aber nicht an unrealistischen Zielen orientieren, sondern pragmatische und finanziell tragbare Lösungen haben, Lösungen, die notabene auch dazu beitragen werden, die Akzeptanz für klimapolitische Anliegen in der Bevölkerung breiter zu verankern. Alles andere ist nicht glaubwürdig. Eine dogmatische Klimapolitik auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler trägt die SVP-Fraktion nicht mit. Allenfalls können die Occasionsmodule nachgerüstet werden. Dafür hat die SVP-Fraktion ein offenes Ohr. Die wirklichen energietechnischen, klimapolitischen und finanziellen Herausforderungen werden mit der Sanierung der Schulanlage Ruopigen erst noch auf die Stadt zukommen, ganz abgesehen von all den anderen Sanierungs- und Neubauprojekten, welche die Stadt noch in der Pipeline hat, wie z. B. das Schulhaus St. Karli, das den Grossen Stadtrat bald beschäftigen wird. Die Diskussion um die Occasionsmodule ist, wenn man das Ganze betrachtet, ein klimapolitischer Nebenschauplatz. Die Baudirektion präsentiert mit dem vorliegenden B+A eine

pragmatische, finanziell tragbare und schnell umsetzbare Zwischenlösung. Wir brauchen mehr Realismus. Klimapolitische Maximalforderungen, die nicht erfüllt beziehungsweise finanziert werden können, bringen uns nicht weiter. Darum tritt die SVP-Fraktion auf den B+A ein und wird den Anträgen des Stadtrates vollumfänglich zustimmen.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die Voten, die in dieser Art zu erwarten waren. Es ist unbestritten, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht, das Schulhaus in kürzerer und mittlerer Frist anzupassen. Dem Stadtrat ist bewusst, dass dadurch ein enormer Druck entsteht, der zeitliche Fahrplan ist sehr eng, es bräuchte rasch eine Lösung. Ebenfalls unbestritten ist, dass die Occasionsmodule nicht dem höchsten ökologischen Standard entsprechen. Weshalb sich der Stadtrat trotzdem für sie entschieden hat, wird die Sprechende gleich noch ausführen. Der Stadtrat ist mit voller Überzeugung daran, die Energieeffizienz in den städtischen Gebäuden, wo es möglich ist, zu verbessern, und vor allem ist es für ihn klar, dass er die gesetzlichen Vorgaben des kantonalen Energiegesetzes einhält. Der Stadtrat nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die Raumrochade unbestritten ist und von allen Fraktionen gutgeheissen wird. Es ist wichtig, im alten Schulhaus, das auf eine Gesamtsanierung zugeht, rasch verschiedene sanfte Massnahmen umzusetzen, z. B. Wände einzuziehen, die ICT-Infrastruktur zu erneuern, kleine Umnutzungen zu planen. Nicht unbestritten sind die legendären Occasionsmodule aus Basel. Die Stadt war in einer schwierigen Situation, als sie 2018 feststellte, dass man den alten Pavillon 99 leider nicht länger als fünf Jahre würde nutzen können. Aufgrund vertiefter Analysen hat sich die Stadt 2018 dann schnell auf den Weg gemacht, um einen Ersatz zu finden, sie hat geschaut, was es auf dem Markt gibt, und fand Anfang 2019 die Occasionsmodule aus Basel. Dass diese energetisch nicht topp sind, streitet auch der Stadtrat nicht ab, aber mit ihnen liesse sich das zeitliche Problem der Stadt gut lösen. Wie der Stadtrat im StB 176 ausführte, hat er sich nach den Diskussionen in der Baukommission und der überwiesenen Protokollbemerkung, die Stadt solle einen neuen Modulbau nach dem Luzerner Modell besorgen, noch einmal mit den Occasionsmodulen befasst. Es wurden dabei verschiedene Aspekte erwogen: der enge Zeitplan, die Absicht des Stadtrates, den Schülerinnen und Schülern nach einer langen Provisoriumszeit im Gasshof möglichst schnell eine Lösung zu bieten, betriebliche Fragen, der finanzielle Faktor und der ökologische Mehrwert. Aufgrund der Abwägung der verschiedenen Aspekte kam der Stadtrat nach intensiven Diskussionen zum Schluss, dass für ihn die zeitliche Verfügbarkeit die höchste Priorität hat: Den Schülerinnen und Schülern sollen 2021 genügend Räume zur Verfügung stehen. Der zeitliche Faktor fiel in der Abwägung des Stadtrates also am stärksten ins Gewicht, daneben aber auch die Mehrkosten von ungefähr 2 Mio. Franken, welche ein Neubau von Luzerner Modulen mit sich brächte. Dem Stadtrat ist bewusst, dass der Basler Modulbau bezüglich Energieeffizienz nicht das Nonplusultra darstellt, auch wenn er im Vergleich zum jetzigen Pavillon immerhin einen gewissen «Fortschritt» bieten würde, denn die Energieeffizienz des Pavillons ist sehr schlecht. Der Stadtrat hat im StB aber auch dargelegt, dass er einem Antrag aus dem Parlament, den Basler Modulbau aufzurüsten, nicht opponieren würde. Der Stadtrat ist froh, dass die Raumrochaden vorgenommen werden können. Ebenfalls wichtig ist ihm, im nächsten Jahr so schnell wie möglich die Vorbereitungen für die Machbarkeitsstudie zur Gesamtsanierung in Angriff zu nehmen, sodass die Sanierung wirklich 2028 starten kann. Die Sprechende unterstützt es sehr, dass eine Aussprache zwischen Baukommission und Baudirektion über das zukünftige Vorgehen bei anderen Schulhäusern stattfinden soll. Die Baudirektion

wird dann auch zeigen können, welche lessons learned sie aus den bisherigen Diskussionen mitnimmt.

Die Schulraumplanung ist eine schwierige Aufgabe. Sie wurde aktualisiert, sodass die Stadt seit Anfang Jahr die neusten Zahlen hat. Aufgrund der Entwicklung in der Stadt Luzern in den letzten Jahren haben sich diese Zahlen geändert, aber der Stadtrat hofft, dass die Aktualisierung jetzt eine zuverlässige Planung für die Zukunft ermöglicht.

Der Stadtrat bittet das Parlament, der Raumrochade zuzustimmen, aber auch dem Kredit für den Basler Modulbau, damit die Schülerinnen und Schüler ab 2021 genügend Räume in dieser Schulanlage zur Verfügung haben. Das hat für den Stadtrat eine hohe Priorität.

Stadtpräsident Beat Züsli äussert sich zum Thema Schulraumplanung, die in einigen Eintretensvoten als ungenügend bezeichnet wurde. Konkret bezogen auf das Projekt Schulanlage Ruopigen werden im B+A die verschiedenen Aspekte aufgeführt, die zur Dringlichkeit der Vorlage führten. Es wurde ja kritisiert, dass der Grosse Stadtrat unter grossen Druck gesetzt worden sei. Natürlich hätte auch der Stadtrat gern mehr Zeit, um solche Projekte bearbeiten zu können. Zu den im B+A aufgeführten Aspekten gehören z. B. die Entwicklung, dass der Niveauunterricht mehr Fachzimmer, also mehr Fläche braucht, oder ein zusätzliches Mittagsangebot, ein Thema, über welches der Grosse Stadtrat auch schon mehrfach diskutierte. Weiter kommen Änderungen bei den Vorgaben im Raumprogramm dazu, welche auch das Parlament so beschlossen hat. Im vorliegenden Fall war jedoch wichtig, dass das bestehende Gebäude, das man ursprünglich nutzen wollte, ungenügend ist. Solche Faktoren können auch bei anderen Projekten immer wieder auftreten, daher kann der Stadtrat nicht zusichern, dass es nicht auch in anderen Fällen wieder dringende Vorlagen im Schulbereich geben wird, insbesondere im Zusammenhang mit den zahlreichen Sanierungen und Erweiterungen, die anstehen. Dabei wird es auch immer wieder um Zwischenlösungen und Provisorien gehen. Bei der Schulanlage Ruopigen geht es um eine Zwischenlösung, die von der Dauer her über ein Provisorium hinausgeht. Der Stadtrat hat ganz klar das Ziel, die Qualität zu erhalten, Qualität in dem Sinn, dass den Kindern guter Schulraum zur Verfügung steht, aber auch die ökologische Qualität. Der Sprechende hat Verständnis für die Diskussion um die Einhaltung des Energiestandards, aber er weist auf den StB 176 hin und betont, dass mit den Vorschlägen zur Nachrüstung die Differenz zum geforderten besten Standard Minergie-A klein ist. Da kann man nicht mehr von meilenweiter Differenz oder grosser Differenz sprechen. Das Parlament muss heute, wie es auch der Stadtrat tun musste, eine Abwägung vornehmen, ob es den Kindern zeitgerecht ein gutes Schulraumangebot zur Verfügung stellen will. Wenn sich das Parlament dagegen entscheidet, muss die Stadt Zwischenlösungen suchen, wobei der Sprechende zu bedenken gibt, dass diese Zwischenlösungen energetisch dann auch nicht topp sind: Die Stadt muss irgendwo Räume dazumieten, die natürlich auch nicht den höchsten Ansprüchen genügen. Der Basler Modulbau ist eine gute Lösung, eine verantwortbare Lösung, auch wenn er energetisch nicht die beste Lösung ist. Deshalb bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, den Vorschlag des Stadtrates zu unterstützen, damit den Kindern genügend Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 34/2019: «Schulanlage Ruopigen: Erweiterung als Provisorium und Raumrochaden» eingetreten.

DETAIL

Seite 27 ff. 8.5 Teilprojekt B: Erweiterung als Provisorium

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission hat mit 6 : 3 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Stadtrat wird beauftragt, einen B+A mit dem Kauf des Luzerner Moduls dem Parlament raschmöglichst vorzulegen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es zur Protokollbemerkung keine Wortmeldung.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach wird über die Protokollbemerkung erst nach der Abstimmung zu Ziffer I im Antrag abstimmen lassen, denn sie würde hinfällig, falls sich für Ziffer I eine Mehrheit findet.

Seite 42 Antrag

I.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Sonderkredit von 5,585 Mio. Franken für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium des Schulhauses Ruopigen mit 16 : 29 : 0 Stimmen ab.

Die Protokollbemerkung

Der Stadtrat wird beauftragt, einen B+A mit dem Kauf des Luzerner Moduls dem Parlament raschmöglichst vorzulegen.

wird mit 32 : 12 Stimmen überwiesen.

II.

Der Grosse Stadtrat bewilligt den Zusatzkredit von 1,125 Mio. Franken mit 46 : 0 : 0 Stimmen.

III.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Wegen Corona hat es bei den Fristen gewisse Anpassungen gegeben. Ziffer III lautet neu wie folgt:

Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt mit der Veröffentlichung des Beschlusses im Kantonsblatt zu laufen, es sei denn, es wird der Stadtkanzlei innerhalb von fünf Tagen seit der Veröffentlichung des Beschlusses die Sammlung

von Unterschriften für ein fakultatives Referendum angezeigt. In diesem Fall beginnt die Referendumsfrist ab dem 1. Juni 2020 zu laufen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 34 vom 4. Dezember 2019 betreffend

Schulanlage Ruopigen:

Erweiterung als Provisorium und Raumrochaden

- **Sonderkredit für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium**
- **Zusatzkredit für B+A 10/2015: «Schulraumentwicklung im Stadtgebiet Littau/Reussbühl», Raumrochaden,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a und § 39 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und 6 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 und 7 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Der Sonderkredit von 5,585 Mio. Franken für die Ausführung der Erweiterung als Provisorium des Schulhauses Ruopigen wird abgelehnt.
- II. Für die Ausführung der Transformation vom Primar- zum Sekundarschulhaus mittels Raumrochaden des Schulhauses Ruopigen wird zu dem mit B+A 10/2015: «Schulraumentwicklung im Stadtgebiet Littau/Reussbühl» bewilligten Sonderkredit ein Zusatzkredit von 1,125 Mio. Franken bewilligt.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt mit der Veröffentlichung des Beschlusses im Kantonsblatt zu laufen, es sei denn, es wird der Stadtkanzlei innerhalb von fünf Tagen seit der Veröffentlichung des Beschlusses die Sammlung von Unterschriften für ein fakultatives Referendum angezeigt. In diesem Fall beginnt die Referendumsfrist ab dem 1. Juni 2020 zu laufen.

**4 Dringlicher Bevölkerungsantrag 377, Andreas Müller, Matthias Leutwyler und Laura Spring namens der Antragstellenden vom 20. Januar 2020:
Das Dammgärtli bleibt!
NEIN zum Zugangsschacht für den Bypass im Dammgärtli**

Der Stadtrat nimmt den Bevölkerungsantrag 377 als Postulat entgegen.

Die Traktanden 4 und 5 werden zusammen behandelt.

Oliver Heeb: Entgegen dem Titel des Postulats 315 wird das Dammgärtli nicht dem Bypass geopfert. Es geht um eine vorübergehende Nutzung im Rahmen der Realisierung des Bypasses. Dass das für einen Teil der Quartierbewohner eine bedeutende Einschränkung und Minderung der Lebensqualität darstellt, steht auch für die SVP-Fraktion ausser Frage. Deshalb unterstützt die Fraktion alle Bemühungen, die dazu dienen, dass das Bauvorhaben so rasch als möglich und mit möglichst wenig Einschränkungen für die Quartierbevölkerung vonstattengehen kann. In diesem Sinn könnte sich die Fraktion auch eine Überweisung des Postulats 315 vorstellen. Das Instrument der Einsprache lehnt die Fraktion allerdings ab. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP-Fraktion den Bevölkerungsantrag 377 und das Postulat 315 ablehnt. Einsprachen bedeuten oft zeitliche Verzögerungen und finanzielle Folgekosten. Das ist nicht wünschbar. Sorgen machen der SVP-Fraktion diese Anträge auch im Hinblick auf das mehrfach grösser dimensionierte Projekt des Durchgangsbahnhofs. Auch dieses Bauwerk wird während dem Bau Einschränkungen und Immissionen bei einem grossen Teil der Bevölkerung nach sich ziehen. Wie soll der Durchgangsbahnhof realisiert werden, wenn bei jeder temporären Einschränkung Einsprache erhoben wird? Wer die Vorzüge des Stadtlebens in Anspruch nehmen will, muss in der Konsequenz auch damit leben, dass es ab und zu eng werden kann. So oder so bieten die Stadt Luzern und ihre Umgebung eine ausserordentliche Lebensqualität und viele Ausweichmöglichkeiten. Wer Entwicklung will, muss auch temporäre Einschränkungen in Kauf nehmen. **Deshalb lehnt die SVP-Fraktion den Bevölkerungsantrag 377 und das Postulat 315 ab.**

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann berichtet aus der Baukommission, welche den Bevölkerungsantrag behandelt hat. Am 5. März 2020 waren eine Vertreterin und zwei Vertreter des Bevölkerungsantrags in der Baukommission. Sie konnten den Kommissionsmitgliedern eindrücklich aufzeigen, dass das Dammgärtli nicht nur ein Spielplatz für Kinder ist, sondern ein sehr wichtiger Begegnungsort in diesem schwierigen Quartier mit seinen Spannungen und sozialen Unterschieden. Nur schon eine temporäre Schliessung würde viele Anstrengungen zunichtemachen. Die Kommission war sich einig, dass die Information und der Miteinbezug der Bevölkerung bei diesem Vorhaben schlecht waren. Bei so grossen Projekten sind die verschiedenen Interessen gegeneinander abzuwägen; es sollen jetzt auch nicht verschiedene anstehende Projekte gegeneinander ausgespielt werden. Aber wenn es irgendwie möglich ist, für das Dammgärtli eine bessere Lösung zu erreichen, so muss man das nach Ansicht der Baukommission unterstützen. So wäre z. B. auch die Sammelstelle an der Dammstrasse als Alternativstandort noch zu prüfen. Die Baukommission hat den Bevölkerungsantrag 377 einstimmig als Postulat überwiesen und ist gespannt

auf die vom Stadtrat in Aussicht gestellte Ersatzlösung, wo und wie diese umgesetzt werden kann. Zur Zeit der Kommissionssitzung war eine Aussage dazu noch nicht möglich.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion anerkennt ohne Wenn und Aber die grossen Bedenken der Antragstellenden. Es ist mehr als unglücklich, dass dieses Kleinod für einige Jahre verschwinden soll. Die Fraktion ist der Meinung, dass sich der Stadtrat effektiv für eine Alternative einsetzen muss. Sie unterstützt die Ausführungen des Stadtrates und hofft, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann.

Claudio Soldati dankt den Antragstellenden und den beteiligten Organisationen für den Bevölkerungsantrag. Die SP/JUSO-Fraktion findet es sehr wichtig, dass sich die Bevölkerung dagegen auflehnt, dass ihr Freiraum gestohlen wird, und sich auch für den Baumbestand einsetzt. Der Druck vonseiten der Bevölkerung ist dringend notwendig, damit sämtlichen politischen Behörden von Stadt, Kanton und Bund klar wird, dass es keine Option ist, Erholungs- und Freiräume für Strasseninfrastrukturprojekte herzugeben. An die Adresse der SVP-Fraktion bemerkt der Sprechende, dass es gerade hinsichtlich weiterer Grossprojekte doch Sinn macht, für die Bevölkerung wirklich gute Lösungen zu finden und sich nicht gleich mit der erstbesten Lösung zufriedenzugeben. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Stadtrat darum sehr in seiner Absicht, im Rahmen der Auflage Einsprache zu erheben. Sie erwartet vom Stadtrat, dass er wirklich Wort hält und alles daransetzt, für das Quartier eine bessere Lösung zu erreichen. Der Sprechende bittet den Stadtrat, jetzt noch ein paar Ausführungen dazu zu machen, wie weit diese Abklärungen sind; in der Stellungnahme steht, sie seien recht weit fortgeschritten.

Heidi Rast: Mit viel Engagement und Herzblut haben die betroffenen BaBeL-Quartierbewohnenden sich in kürzester Zeit organisiert und mobilisiert und aufgezeigt, was an Bauvorhaben in diesem Quartier schon fast still und leise geplant wird und umgesetzt werden soll. Die Initiantinnen und Initianten können es fast nicht glauben, dass die Stadt keinen Widerstand gegen den geplanten Zugangsschacht für den Bypass im Dammgärtli aufbrachte. Erst bei der Informationsveranstaltung im November 2019 haben die Anwohnerinnen und Anwohner erfahren, was im Dammgärtli geplant ist, und dass da über Jahre hinweg eine riesige Baustelle entstehen soll. So nicht! Die G/JG-Fraktion steht voll und ganz hinter dem Bevölkerungsantrag und erwartet per sofort mehr als nur Worte. Das Dammgärtli müsste doch eigentlich gleich viel Wert und Bedeutung haben wie z. B. eine Liegenschaft. Die Anwesenden sollen sich vorstellen, dass anstelle des Dammgärtli dort ein Wohnhaus stünde. In diesem Fall würde man ja nicht allen Mieterinnen und Mietern künden und das Wohnhaus abreißen, um den Zugangsschacht realisieren zu können. Deshalb die Frage: Hat das Dammgärtli nicht sogar mehr Wert als eine Liegenschaft, da es in einem Stadtquartier ist, das ja nicht gerade von Grünflächen wimmelt? Es ist eigentlich der einzige grüne beispielbare Fleck. In diesem Quartier leben verschiedenste Gruppierungen von Menschen, es gibt dort unglaublich viele Nationalitäten, so um die 70, wie man sagt. Es ist auch bekannt, dass dort eher Menschen und vor allem auch Familien beheimatet sind, die ein schmales Portemonnaie haben. Für sehr viele dieser Familien und Quartierbewohnenden ist das Dammgärtli enorm wichtig. Es ist zentral, es ist wenige Meter vom Kreuzstutz aus eine Oase, wo man sich treffen oder auch nur ruhig auf einem Bänk-

chen sitzen und den Kindern beim Spielen zuschauen kann. In den letzten ein bis zwei Jahren haben sich Familien zusammengetan und dort viele kleine, feine Projekte lanciert. Dadurch haben sie dazu beigetragen, dass der soziale Zusammenhalt wächst. Sie haben erreicht, dass das Dammgärtli frisch belebt und einladend gestaltet wurde. Auch die Vereine BaBeL und Sentitreff engagieren sich dort schon seit Jahren, sei es beim Kindernachmittag oder beim sehr beliebten Quartierfest Riverside. All dieses Engagement, diese wichtige Quartierarbeit ist mit einem solchen Bypasszugangsschachtvorhaben hochgradig gefährdet. Die Stadt bringt in diesem Zusammenhang das Thema Baselstrassensanierung zur Sprache, die, wie allen klar ist, sehr dringlich ist. Während der Baselstrassensanierung sollte die Dammstrasse, die an das Dammgärtli angrenzt, als Ausweichroute genutzt werden. Deshalb wäre eine Verschiebung des Zugangsschachts nicht möglich, da sich beide Bauvorhaben eventuell überschneiden. Das würde also bedeuten, dass es zwei grosse Bauvorhaben in unmittelbarer Nähe zueinander gäbe. Das tönt nicht gerade erfreulich für das sonst schon sehr belastete Quartier. Die Baselstrasse soll ein Jahr lang saniert werden, die Dammstrasse übernimmt eine Fahrspur, und im Dammgärtli gibt es ein riesiges Loch. Die Stadt müsste doch selber darauf kommen, dass das keine ideale Planung ist. Falls aber die Verschiebung des Zugangsschachts möglich wäre, bringt die Stadt den nicht gewährleisteten Sicherheitsaspekt ins Spiel. Nach Ansicht der G/JG-Fraktion muss die Sicherheit so oder so gewährleistet sein; bei einer Baustelle müssen die Sicherheitsaspekte sowieso berücksichtigt werden. Sonst stellt sich für die Sprechende die Frage, ob man trotz der Verschiebung des Zugangsschachts davon ausgeht, dass ein Teil oder sogar ein grosser Teil dieser Baustelle das Dammgärtli tangiert. Ist das so? Der Stadtrat erwähnt in seiner Stellungnahme einen gleichwertigen Ersatz für das Dammgärtli. Das tönt zuerst einmal sehr gut. Aber wo soll er sein? Das Dammgärtli ist zentral, gut erreichbar, bietet verschiedene Nischen und Aufenthaltsmöglichkeiten, ist begrünt und spendet mit der tollen alten Linde wunderbar Schatten. Wo ist der gleichwertige Ersatz in der Nähe? Und wenn er doch schon in der Nähe ist, warum kann man dann nicht dort den Zugangsschacht machen? Wenn die Stadt zusätzliche begrünte Begegnungsorte in diesem Quartier ermöglicht, ist das sehr erfreulich. Dazu sagt sicher niemand Nein. Doch das ist nicht das Anliegen der Initiantinnen und Initianten. Das Dammgärtli muss bleiben. Die G/JG-Fraktion begrüsst und unterstützt es, dass der Stadtrat den Bevölkerungsantrag als Postulat entgegennimmt. Sie erwartet jedoch auch, dass es nicht nur bei Optimierungsversprechen bleibt, sondern dass der Stadtrat alles daransetzt, dass das Dammgärtli nicht dem Bypasszugangsschachtvorhaben zum Opfer fällt. Die Menschen, die dort leben, brauchen das Dammgärtli, und dieser wunderbare Baumbestand muss unbedingt erhalten bleiben. Deshalb erwartet die G/JG-Fraktion konstruktive Ergebnisse.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen des Bevölkerungsantrags. Nicht nur bei Kindern ist das Dammgärtli als Spielplatz beliebt, auch viele Erwachsene nutzen es regelmässig. Die diesbezüglichen Schilderungen der Vertretung der Antragstellenden in der Baukommission waren eindrücklich. Weil das Quartier bereits heute über sehr wenig Grünflächen verfügt, ist für die FDP-Fraktion gut nachvollziehbar, dass eine vorübergehende Schliessung während der Bauzeit auf Widerstand stösst. Wichtig ist aus Sicht der FDP-Fraktion, dass rasch eine Lösung gefunden wird, damit die Bevölkerung Bescheid weiss, wie es weitergeht. Die Fraktion ist gespannt, ob der Stadtrat heute schon weitere Aussagen machen kann. Sie unterstützt die Überweisung des Bevölkerungsantrags 377 und auch des Postulats 315.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion unterstützt den Bevölkerungsantrag und das Postulat 315. Es ist für die Fraktion fast unverständlich, dass das Dammgärtli als Bauplatz für den Zugangsschacht erhalten soll. Das Quartier ist ein Hotspot der soziokulturellen Animation, die Stadt hat zusammen mit den Vereinen BaBeL und Sentimatt über mehr als ein Jahrzehnt versucht, es zu aktivieren, zu beleben, und hat diesbezüglich auch Investitionen getätigt, personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt, Leute ermuntert, Support geleistet, alles im Bewusstsein, dass es ein schwieriges Quartier ist, und aus dem Willen heraus, die Leute, die dort leben, zu unterstützen, damit die Bevölkerung durchmischt wird. Da haben sich auch Erfolge gezeigt. Dass man jetzt ausgerechnet bei den sogenannten sozial Schwächsten, an diesem Hotspot eine solche Baustelle machen und quasi alles zerstören will, was jahrelang aufgebaut wurde, zeugt nicht von grosser Sensibilität. Es kann sein, dass das den Leuten des Kantons nicht bewusst war. Aber für die Stadt bedeutet es, dass sie sich diesem Vorhaben mit voller Wucht entgegenstellen muss. Wie Heidi Rast ausführte, entsteht durch die Sanierung der Baselstrasse noch einmal zusätzlicher Druck auf das Quartier, in welchem man sich ja eher um eine Verkehrsberuhigung bemühte. So geht das nicht. Auch die GLP-Fraktion möchte etwas zum gleichwertigen Ersatz für das Dammgärtli hören. Sie unterstützt die beiden Vorstösse, damit der Stadtrat bei den Verhandlungen genug Druck machen und die Zerstörung des Dammgärtli verhindern kann.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat hat in den Stellungnahmen überzeugend gezeigt, welche wichtige Rolle das Dammgärtli in einem Quartier hat, das mit Grünräumen nicht gesegnet ist. Seit ein paar Tagen ist bekannt, dass die Auflage des gesamten Projekts am 8. Juni beginnen und bis zum 7. Juli dauern wird. Das hat auch zur Folge, dass der Stadtrat das Postulat 402: «Die Lunge der Stadt retten: Keine Lüftungszentrale im Gütschwald», das heute nicht für dringlich erklärt wurde, auf die nächste Sitzung des Grossen Stadtrates vom 4. Juni hin beantworten wird, um es noch vor der Auflage mit dem Parlament diskutieren zu können. Es geht ja um das gleiche Projekt.

Die SVP-Fraktion hat argumentiert, es handle sich nur um eine vorübergehende Nutzung. Das ist nicht ganz korrekt, denn einerseits dauert diese «vorübergehende» Nutzung einige Jahre – unter Umständen kann eine ganze Kindergeneration nicht dort spielen, und die Leute können sich während mehreren Jahren nicht dort treffen, denn es geht ja nicht nur um einen Spielplatz, sondern um einen wichtigen Treffpunkt im Quartier. Andererseits sind die Auswirkungen der temporären Nutzung eventuell auch dauerhaft, wenn es z. B. nicht gelingt, den Baumbestand, zumal den wichtigsten Baum, die grosse Eiche, zu erhalten. Der Stadtrat setzt alles daran, dass es nicht so weit kommt. Das zweite Argument der SVP-Fraktion gegen den Bevölkerungsantrag lautet, dass die Fraktion gegen eine Einsprache ist. Einsprachen sind im Zeitplan eines solchen Grossprojekts immer miteingerechnet, das ASTRA weiss, dass die Stadt diese Einsprache erheben wird, Stadt und ASTRA haben die Diskussion darüber schon aufgenommen, was man in Bezug auf den Ort für diesen Hilfsschacht verbessern könnte. Der Sprechende muss allerdings einräumen, dass die Kommunikation und die Abstimmung zwischen ASTRA und Stadt im Vorlauf des Projekts nicht gut waren. Die Verantwortung für die Information wurde hin- und hergeschoben, die Stadt war der Ansicht, sie könne nicht über ein Projekt informieren, das sie gar nicht kennt. Das ASTRA ist also auf

die Einsprache der Stadt vorbereitet, vermutlich wird diese Einsprache nicht zu Verzögerungen führen. Zu einem so riesigen Projekt wird es sicherlich auch noch andere Einsprachen geben. Zur Frage nach der Ersatzlösung kann der Sprechende aus verhandlungstechnischen Gründen zurzeit noch nicht mehr sagen, als dass die Verhandlungen leider noch nicht abgeschlossen sind. Sobald dies der Fall sein wird, findet auch eine entsprechende Information statt. Deshalb kann er auch die zweite Frage von Heidi Rast nicht beantworten, warum es nicht möglich ist, den Zugangsschacht auf dem Ersatzlösungsplatz zu installieren. Diese Lösung wurde geprüft, aber er kann jetzt nicht darlegen, warum der Zugangsschacht dort nicht günstig wäre.

Der Stadtrat möchte einen möglichst minimalen Eingriff im Quartier. Die Stadt wird noch prüfen, ob es eine bessere Lösung, eine Verschiebungsmöglichkeit gibt und ob die beiden Projekte – Zugangsschacht und Sanierung Baselstrasse – aufeinander abgestimmt werden können. Die Stadt wäre in Bezug auf die Sanierung der Baselstrasse schon weiter, das Projekt ist bereit, aber die Zusammenarbeit mit dem Kanton läuft leider nicht optimal, und zudem muss man diese Sanierung auch mit der Baustelle im Renggloch abstimmen. Der Stadtrat versucht, den Eingriff aufgrund des Zugangsschachts möglichst klein zu halten; die Fläche um das Dammgärtli herum soll möglichst gut nutzbar bleiben. Selbstverständlich muss während dieser Baustelle die Sicherheit für alle Passantinnen und Passanten immer garantiert sein. Während der Bauzeit soll es für das Dammgärtli einen Ersatz geben und nach der Bauzeit wieder eine gute Zugänglichkeit und eine gute Nutzung des Dammgärtli für die Bevölkerung. Dass die Planung nicht optimal lief, ist klar, aber bei diesem Projekt geht es ja nicht um ein Projekt der Stadt. Die Stadt bemüht sich dauernd, Projekte aufeinander abzustimmen, aber dabei ist sie auch auf ihre Partner angewiesen. Der Sprechende ist froh, wenn das Parlament ein deutliches Signal gibt, dass es den Weg unterstützt, den der Stadtrat in den Stellungnahmen vorgezeichnet hat.

Oliver Heeb möchte kurz auf das Votum von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula reagieren. Der SVP-Fraktion geht es keineswegs darum, dass man sich einfach über die Leute in diesem Quartier hinwegsetzt; im Gegenteil: Es ist wichtig, ihre Anliegen ernst zu nehmen. Aber die Situation ist komplex, es gibt viele Zielkonflikte, die gelöst werden müssen. Es zeigt sich auch bei diesem Projekt einmal mehr, wie wichtig es wäre, die betroffene Bevölkerung möglichst früh in die Projektarbeit miteinzubeziehen. Das lief in Bezug auf das Dammgärtli nicht gut. Aber auch wenn sich die Stadt für die Interessen der Bevölkerung dort einsetzen wird, muss man trotzdem mit dem Szenario rechnen, dass es letztlich keine andere Lösung für diesen Zugangsschacht gibt und die Bevölkerung möglicherweise wirklich mit dieser Baustelle im Quartier leben muss. Viele Immobilienbesitzer und Leute, die an Strassen wohnen, waren schon mit der Situation konfrontiert, dass sie ihre Grundstücke für ein Bauprojekt hergeben mussten und sie erst nach Vollendung des Projekts wiederhergestellt zurückerhielten. Die Quartierbewohner um das Dammgärtli herum sind nicht die einzigen, die von einer solchen Situation betroffen sind. Das möchte die SVP-Fraktion zu bedenken geben. Selbstverständlich unterstützt sie alle Bemühungen, welche die Situation mildern. Aber sie möchte auch nicht, dass diese Diskussion als Mittel benutzt wird, um das Bypassprojekt zu verunmöglichen.

Der Grosse Stadtrat überweist den Bevölkerungsantrag 377 als Postulat.

**5 Postulat 315, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion
vom 16. August 2019:
Dammgärtli nicht dem Bypass opfern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Die Diskussion zu diesem Postulat fand zusammen mit jener zum Bevölkerungsantrag 377 statt, vgl. das vorhergehende Traktandum. Die SVP-Fraktion hatte einen Ablehnungsantrag gestellt.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 315.

Die Sitzung wird kurz unterbrochen, damit die Mitglieder des Grossen Stadtrates Zeit haben, die Antworten auf die dringlichen Vorstösse zu lesen.

**– Dringliches Postulat 394, Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion
vom 9. März 2020:
Hilfe für Griechenland – Aufnahme von Geflüchteten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Christov Rolla hält an der vollständigen Überweisung fest.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: In der Diskussion geht es somit nur noch um die vollständige Überweisung des Dringlichen Postulats.

Christov Rolla muss zur Situation an der türkisch-griechischen Grenze und auf den griechischen Inseln wohl nicht viel sagen – es ist hoffentlich allen klar, dass es sich da um eine humanitäre Katastrophe handelt. Das sagt sogar Andreas Glarner, der asylpolitisch etwa das Gegenteil zum Sprechenden darstellt: «Ich habe diese Flüchtlingslager besucht: Sie sind menschenunwürdig und völlig überfüllt.» Was heisst das? Der Sprechende muss kurz ausholen, um seinen Wunsch auf vollständige Überweisung des Postulats zu illustrieren. Er zitiert aus der NZZ von letzter Woche: Im grössten griechischen Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos teilen sich 200 Menschen ein WC; 1'300 teilen sich einen Wasserhahn; über 6'000 einen Arzt – und zusammen mit der ansässigen Bevölkerung kommt auf sage und schreibe 18'000 Menschen ein Intensivbett im Spital. Gottlob ist das SARS-CoV-2-Virus bis dato noch nicht in den völlig überfüllten Lagern auf den Inseln angekommen, aber es steht zu befürchten, dass das nur eine Frage der Zeit ist. Kurzum: Es sind tragische, unzumutbare Zustände.

Das ist auch der europäischen Staatengemeinschaft und der Schweiz klar, zumindest offiziell. Rettungsmaßnahmen wurden beschlossen. Der Sprechende hat das Postulat vor zwei Monaten eingereicht, seither wurden zwölf Kinder nach Luxembourg gebracht, Hannover hat 50 Kinder aufgenommen. In der Schweiz laufen Vorbereitungen, sage und schreibe 22 minderjährige Asylsuchende aufzunehmen. In der Stellungnahme des Stadtrates kann man von insgesamt 50 bis 100 Jugendlichen lesen, die im Rahmen des Dublin-Systems in die Schweiz kommen könnten. Den Sprechenden schaudert es bei solchen winzigen Zahlen, wenn er sie mit den 42'000 Menschen vergleicht, die in Lagern zusammengepfercht sind, die auf knapp 6'000 Menschen ausgelegt sind. Das ist auch der Grund, warum er eine gewisse Machtlosigkeit empfindet, wenn er die Stellungnahme des Stadtrates liest; das ist auch der Grund, warum er quasi aus symbolischen Gründen an der vollständigen Überweisung festhalten möchte. Denn an sich ist er mit der Stellungnahme des Stadtrates zufrieden und dankt ihm für die gründlichen und präzisen Ausführungen. Er ist sehr froh, dass auch der Stadtrat die Misere sieht und etwas dagegen unternehmen möchte. Er sieht auch völlig ein, warum es keinen Sinn ergibt, wenn die Stadt en détail auflistet, wie viele Personen sie konkret unterbringen könnte. Mit den ganzen Kompetenzen, die in der Zuständigkeit des Kantons liegen, sind ihr ja ein Stück weit die Hände gebunden – leider, wie der Sprechende findet. Er schätzt und verdankt auch sehr, dass die Stadt Luzern innerhalb der Städteinitiative Ende März an einer Telefonkonferenz teilnahm und koordiniert vorgehen möchte, sobald die Coronakrise sich langsam ein bisschen gelegt hat. Weil die Stadt das aber sowieso schon in die Wege geleitet hat und getan hat, was sie tun kann, ist das ja schon aufgegleist, auch wenn das Postulat jetzt abgelehnt werden sollte. Es fehlt dem Sprechenden insgesamt einfach ein Signal an den Bund, das die Bereitschaft der Stadt zeigt. Darum möchte er als symbolisches Zeichen an der vollständigen Überweisung des Postulats festhalten und dankt allen Mitgliedern des Grossen Stadtrates, die dem Antrag der G/JG-Fraktion folgen.

Nora Peduzzi kann sich im Grundtenor ihrem Vorredner anschliessen, möchte aber doch noch ein paar Punkte ausführen. Was sich zurzeit – und schon seit viel zu langer Zeit – an den Aussengrenzen Europas abspielt, ist beschämend. Es ist ein weiteres dunkles Kapitel, das Europa da gerade schreibt. Die Schweiz ist ein Teil Europas.

Der Stadtrat schreibt in seiner Stellungnahme, er teile die Meinung des Postulanten, dass die Staatengemeinschaft dringend aufgefordert sei, sich solidarisch zu zeigen und mitzuhelfen; sie dürfe dieser unmenschlichen Situation nicht länger einfach nur zuschauen. Das ist gut zu wissen. Es folgen Ausführungen über die rechtlichen Voraussetzungen und Abläufe im Asylwesen, und es wird aufgezeigt, wie sich die Stadt Luzern in diesem Bereich engagiert. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst dieses Engagement sehr und auch, dass sich die Stadt Luzern gemeinsam mit anderen Städten beim Bund für die Thematik des Flüchtlingsengagements von Städten Gehör verschaffen will. Vielen Dank dafür!

Trotzdem ist die Sprechende enttäuscht, denn trotz der immerhin teilweisen Entgegennahme liest sie in der Stellungnahme, dass konkret vor allem Folgendes passieren wird: Nichts. Gleichzeitig müssen aber beispielsweise im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos weiterhin rund 20'000 Menschen in einem Camp leben, das für 3'000 Personen konzipiert wurde. Das ist beinahe das Siebenfache! Und obwohl der Vergleich natürlich total hinkt, weil in einem Flüchtlingslager ganz andere Standards gelten als sonst in Wohnverhältnissen, sollen sich die Anwesenden

doch kurz vorstellen, sie müssten ab morgen ihre Wohnung mit siebenmal so viel Menschen teilen, wie jetzt darin wohnen. In einem 2-Personen Haushalt würden also morgen 14 Personen leben. Und zwar nicht Menschen, die man sich ausgewählt hat. Die Sprechende wiederholt: Der Vergleich hinkt. Über Moria haben die Anwesenden bereits von Christov Rolle einiges gehört. Schon vor der Coronakrise war die Situation in Griechenland für geflüchtete Menschen sehr prekär, aber die Pandemie hat die Lage noch massiv verschärft. In diesen Lagern geht z. B. die Krätze um, die Wasserversorgung wird zunehmend gedrosselt, momentan gibt es pro zirka 1'300 Menschen einen Wasserhahn! Einen einzigen Wasserhahn! Es kommt täglich zu Gewalttaten, die medizinische Versorgung ist so gut wie inexistent und auch die Versorgung mit Lebensmitteln wird zunehmend prekärer. Die Sprechende hat kürzlich ein Video gesehen, wie eingeschweisste Brötchen willkürlich in die Menge hinausgeworfen werden und die Leute darum kämpfen, etwas zu essen zu erhalten. Es sieht so aus, als würde es sich nicht um Menschen handeln, sondern als würde man einer Horde ausgehungerten Tiere etwas zu essen vorwerfen. Es ist einfach nur abscheulich. Wir haben Platz, wir haben Mittel, um dieses Leid zu lindern. Und wir tun nichts. Wir schauen zu, oder dann eben doch lieber weg. Die Sprechende hat kaum Worte dafür. Die aktuelle Coronasituation zeigt aber auch, dass plötzlich ganz vieles möglich ist, wenn man nur will. So sieht die Sprechende das auch bei dieser humanitären Katastrophe im Mittelmeerraum. Sehr viele bekannte Persönlichkeiten wie Martin Luther King oder Gandhi und viele andere haben es in verschiedenen Formulierungen gesagt: Wer angesichts von Unrecht schweigt, macht sich mitschuldig. Zu warten, bis sich die Coronasituation ein bisschen beruhigt hat, scheint der Sprechenden zynisch, wenn man an die Menschen in Moria und den anderen Flüchtlingslagern denkt. Die SP/JUSO-Fraktion findet, dass es nicht zu viel verlangt ist, einfach zu versuchen, die Forderungen des Postulats umzusetzen, auch wenn ihr bewusst ist, dass die Situation extrem schwierig ist und die Stadt Luzern schon so viel tut, wie sie kann. Nach Ansicht der Fraktion könnte die Stadt dem doch noch mehr Nachdruck verleihen. Fakt ist jedoch auch, wie Christov Rolla bereits sagte: Sollte das Postulat abgelehnt werden, so ändert das auch nichts. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vollständige Überweisung des Postulats.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat abzulehnen. Zweifellos ist das, was in Griechenland passiert, eine humanitäre Katastrophe. In der heutigen Zeit sollte niemand unter solchen lebensfeindlichen Umständen «wohnen» müssen. Da teilt die SVP-Fraktion die Ansicht des Postulanten. Sie vertritt aber auch die Meinung, dass es nicht Aufgabe der Kantone oder Gemeinden ist, eine eigene Flüchtlingspolitik zu betreiben. Die Flüchtlingspolitik ist Aufgabe des Staatssekretariats für Migration (SEM), dieses ist für die Asylsuchenden zuständig. Das SEM wird auch in Zukunft diverse Massnahmen beschliessen und umsetzen, wie es das schon in der Vergangenheit tat. So ist seit Kurzem bekannt, dass ein weiteres Hilfspaket für 22 minderjährige Asylsuchende, die einen familiären Bezug zur Schweiz haben, und zusätzliche 1,1 Mio. Franken bewilligt wurden. Natürlich kann man einwenden, 22 Minderjährige, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei rund 37'000 oder sogar mehr Flüchtlingen macht die Zahl 22 fast ein wenig argwöhnisch. Aber wie viel wäre denn richtig? Und wer wären die Auserwählten? Aufgrund der aktuellen gesetzlichen Dublin-Verordnung darf die Schweiz einzig Minderjährige mit «familiärem Bezug zur Schweiz» aufnehmen. Ist es ethisch korrekt, dass einige wenige das Glück haben, in ein sicheres Land zu reisen? Ist es moralisch vertretbar, dass man ganze Familien auseinanderreisst?

Das sind sehr schwierige Fragen, die nicht einfach mit einer Zahl oder einer Quote beantwortet werden können. Die SVP-Fraktion ist aber auch der Meinung, dass in der jetzigen Situation die einzige Hilfe nur vor Ort geschehen kann, um das Elend einigermaßen «menschenswürdig» ertragbar zu machen, z. B. durch korrekte hygienische Voraussetzungen, sauberes Trinkwasser, genügend Nahrungsmittel, ärztliche Betreuung und vor allem Kontrolle vor Ort. Die SVP-Fraktion lehnt eine individuelle Flüchtlingspolitik ab. Somit lehnt die Fraktion auch das Postulat ab.

Laura Grüter Bachmann: Die Situation in diesen Flüchtlingsgebieten ist tragisch und unzumutbar. Europa und auch wir in der Schweiz spielen da keine rühmliche Rolle; wir können es uns schlicht gar nicht vorstellen, was da für Zustände herrschen. Die Sprechende muss aber trotzdem wie Thomas Gfeller darauf hinweisen, dass der Stadtrat die rechtliche Ausgangslage in seiner Stellungnahme richtig darstellt. Die Rechtslage und auch die wiederholte Praxis des Bundes und des Kantons sind klar, es ist nicht vordringlich an der Stadt, da eine Rolle wahrzunehmen. Es gibt verschiedene zivile Engagements, welche die FDP-Fraktion unterstützt, und in diesem Sinn hätte sie auch die teilweise Überweisung unterstützt, dass die Stadt das tut, was sie tun kann. Sie hätte es auch unterstützt, dass die Stadt Luzern sich informell mit anderen Städten zusammenschliesst und prüft, wie sie Druck auf den Bund ausüben können. Aber eine vollständige Überweisung des Postulats kann die FDP-Fraktion nicht unterstützen und muss daher, nachdem Christov Rolla daran festhält, das Postulat ablehnen.

Michael Zeier-Rast: Es ist sehr schwierig, über die Situation dieser Flüchtlinge zu sprechen. In den bisherigen Voten wurden die zwei Seiten dargelegt, die es gibt, um die Frage zu betrachten: auf der einen Seite der moralische Aspekt, auf der anderen Seite der rechtliche. Zwischen diesen beiden Seiten bewegt sich die Diskussion. Der Stadtrat hat mit der teilweisen Entgegennahme den Weg aufgezeigt, der möglich ist; das hätte die CVP-Fraktion selbstverständlich unterstützt. Christov Rolla und Nora Peduzzi haben in ihren Voten die Situation noch einmal eindrücklich vor Augen geführt. Moralisch gesehen ist die Sache klar. Aber trotzdem muss die CVP-Fraktion leider die vollständige Überweisung ablehnen, weil eine vollständige Umsetzung nicht möglich ist, so leid es dem Sprechenden tut.

Stefan Sägesser: Nach Ansicht der GLP-Fraktion geht es bei diesem Postulat nicht darum, was die Stadt Luzern tun kann oder was die Rolle der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen ist, sondern es geht darum, ein Zeichen zu setzen. Deshalb kann man sich nicht einfach formalistisch auf den Standpunkt stellen, das Postulat sei abzulehnen, weil das Anliegen nicht in der Kompetenz der Stadt liegt. Es geht um eine dramatische Situation, eine menschliche Tragödie. Deshalb unterstützt die GLP-Fraktion auch die vollständige Überweisung des Postulats. Die Stadt setzt damit ein Zeichen, dass es ihr nicht egal ist, was irgendwo passiert, auch wenn sie konkret nicht viel dagegen tun kann. Das Postulat aus rein formalistischen Gründen abzulehnen, auch wenn man dabei betont, man habe hohe ethische Grundsätze und fühle mit den Flüchtlingen, ist ein Verhalten, das der Sprechende zwar in gewisser Weise nachvollziehen kann, das uns aber nicht weiterbringt. Die GLP-Fraktion will ein Zeichen setzen, und das bedeutet in diesem Fall, vollständige Überweisung des Postulats.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Es ist für den Stadtrat unbestritten, dass die Situation in Griechenland, vor allem auf Lesbos, humanitär schrecklich ist. Zu all dem Elend kam in den letzten Wochen auch noch Gewalt gegen Flüchtlinge und gegen Einrichtungen wie Camps dazu. Der Stadtrat erwartet vom Bund, dass er im Rahmen seiner Möglichkeiten handelt und die Kontingente, die ihm zur Verfügung stehen, ausschöpft. Trotzdem hat der Stadtrat das Postulat nicht vollständig entgegengenommen, weil darin verlangt wird, dass er aufzeigt, was für Unterbringungsmöglichkeiten in der Stadt Luzern vorhanden sind. Dadurch, dass die Stadt Luzern das aufzeigt, erreicht sie nichts, denn der Bund hat zurzeit genügend Asylkapazitäten, um die Erstaufnahme zu übernehmen. Beim Bund ist mittelfristig ein Ausbau von 5'000 Plätzen vorgesehen. Dass er im Moment über genügend Plätze verfügt, verschafft den Kantonen und dann den Städten und Gemeinden die notwendige Reaktionszeit, um die Flüchtlinge aufzunehmen, wenn es dazu kommt. Das gilt auch für die Stadt Luzern. Die Stadt hat keine Schwierigkeiten, die notwendigen Kapazitäten kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat nur eine teilweise Überweisung, und nicht, weil er mit dem Grundsatz des Postulats nicht einverstanden wäre. Die Stadt Luzern setzt sich zusammen mit anderen Städten beim Staatssekretariat für Migration (SEM) dafür ein, im Rahmen des Resettlementprogramms spezielle städtische Kontingente zu erhalten. Diese Bemühungen laufen schon seit ein paar Jahren, das letzte diesbezügliche Gespräch zwischen den Städten und dem SEM fand im Februar statt. Es gibt vonseiten des SEM Widerstand, die Städte haben vom SEM keine aussagekräftigen Auskünfte erhalten. Zudem haben auch die Kantone Mühe damit, dass man in ihre Kompetenzen eingreifen will. Der momentane Stand ist, dass sich die Städte koordinieren und eine «Koalition der Willigen» bilden. Dazu gehören Zürich, Basel, Bern, St. Gallen und Luzern. Sie wollen, sobald die Allianz geschmiedet ist und sie eine gemeinsame Haltung haben, medial in die Offensive gehen. Die gemeinsame Haltung würde darin bestehen, dass sie das Resettlementprogramm grundsätzlich unterstützen und städtische Kontingente übernehmen. Der Sprechende hat Verständnis dafür, dass man das Postulat vollständig überweisen will, um ein Zeichen zu setzen. Aber der Stadtrat konnte das Postulat nicht vollständig entgegennehmen, weil der Prozess momentan noch läuft, in welchem die Städte versuchen, sich zu organisieren und dem Bund gegenüber gemeinsam aufzutreten.

Christov Rolla möchte noch einmal nachdrücklich festhalten, dass seine Forderung nach vollständiger Überweisung nicht als Kritik am Stadtrat, sondern wirklich nur symbolisch zu verstehen ist. Er kann alle Punkte der Stellungnahme nachvollziehen, aber zum aktuellen Zeitpunkt möchte die G/JG-Fraktion dem Stadtrat eine gewisse Signalwirkung mitgeben.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 394 mit 25 : 20 Stimmen vollständig.

- **Dringliches Postulat 403, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 27. April 2020:
Unkomplizierte Unterstützung für das Gastgewerbe – flexible Nutzung des öffentlichen Raumes**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Mirjam Fries ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Die Diskussion zum Dringlichen Postulat 403 findet zusammen mit jener zum Dringlichen Postulat 408 statt, siehe das folgende Traktandum. Zu den Abstimmungen siehe am Ende des folgenden Traktandums.

- **Dringliches Postulat 408, Simon Roth, Gianluca Pardini und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:
Temporäre Nutzung von Strassenraum und Parkplätzen durch die Gastronomie**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Simon Roth hält an der vollständigen Überweisung fest.

In der Diskussion zum Dringlichen Postulat 408 geht es somit nur noch um die vollständige Überweisung.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er das Thema pragmatisch aufgenommen hat. Er hat bereits am Montag kommuniziert, dass er die Gastronomie unterstützen will, indem er Hand bietet für einen unkomplizierten Umgang mit der Erweiterung von bestehenden und bei der Bewilligung von neuen Boulevardflächen. Als die CVP-Fraktion den Vorstoss schrieb, war noch nicht im Detail klar, wie die Regeln für die Gastronomie sein werden. Klar war jedoch damals schon, dass der Platzbedarf grösser sein wird respektive dass man weniger Gäste bewirten können wird und dass dies zu einem Problem für viele Betriebe führt. Denn eines ist sicher: Restaurants und Bars lassen sich nur mit einer bestimmten Anzahl Gäste rentabel betreiben. Inzwischen ist man einen Schritt weiter. Es wissen jedoch alle, dass 2 m Abstand recht viel ist. Und es wird wohl noch eine Weile brauchen, bis die Gäste wieder Vertrauen fassen und tatsächlich wieder ausgehen. Dabei ist die Kreativität der Gastronomen auf jeden Fall gefragt. Die CVP-Fraktion will sie dabei unterstützen.

Die Fraktion ist im Grossen und Ganzen mit den Ausführungen des Stadtrates einverstanden. Es ist ihr klar, dass man auf allfällige Nutzungskonflikte Rücksicht nehmen muss und es eine Bewilligung durch die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen braucht. Der einfachste Fall ist die

Erweiterung von bestehenden Boulevardflächen, da braucht es keine Baubewilligung. Im Fall von zusätzlichen Flächen wird es schwieriger, hier ist eine Baubewilligung nötig. Das könnte ein Knackpunkt werden. Da braucht es auf jeden Fall ein vereinfachtes, verkürztes und allenfalls auch kostengünstigeres Verfahren, damit die betroffenen Gastronomen sobald als möglich loslegen können. Unter Umständen wollen sie ja auch etwas investieren und brauchen deshalb Planungssicherheit. Die Dauer der Baubewilligung darf auf keinen Fall zum Killerkriterium für allfällige Projekte werden. Zurückhaltender zeigt sich der Stadtrat bei Park- und Grünanlagen. Nach Ansicht der CVP-Fraktion muss man auch das individuell betrachten. Die Sperrung von Strassen, wie sie die SP/JUSO-Fraktion fordert, betrachtet die CVP-Fraktion kritisch. Alles in allem wird es wohl in allen Fällen eine Einzelprüfung sein. Da die SP/JUSO-Fraktion an der vollständigen Überweisung des Postulats 408 festhält, wird die CVP-Fraktion dieses ablehnen.

Die CVP-Fraktion ist sich bewusst, dass nicht alle Betriebe die Möglichkeit haben, das Platzangebot via Boulevardfläche zu erweitern. Die Stadt soll aber ihr Möglichstes tun, damit die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden können. Es ist im Interesse der Stadt und von uns allen, die Wirtschaft in dieser Krise zu unterstützen. Die CVP-Fraktion wäre mit der teilweisen Überweisung von beiden Postulaten einverstanden gewesen. Sie hofft stark darauf, dass die Umsetzung effektiv pragmatisch und unkompliziert erfolgt. Die CVP-Fraktion ist damit einverstanden, dass das Postulat 403 gleichzeitig abgeschrieben wird.

Simon Roth kann sich den Ausführungen von Mirjam Fries anschliessen. Genau darum hält er an der vollständigen Überweisung des Postulats 408 fest. Der Stadtrat schreibt, es sei möglich, Lösungen zu finden, sofern keine Nutzungskonflikte auftreten. Ehrlicherweise muss man zugeben, dass es Nutzungskonflikte geben wird, wenn es darum geht, Parkplätze und auch Teile von Strassen für die Gastronomie zu nutzen. Der Sprechende hält auch deshalb an der vollständigen Überweisung fest, weil es, wie auch Mirjam Fries schon sagte, wichtig ist, dass die Baubewilligungen, die notwendig sind, nicht zu einem Killerkriterium werden. Rechtlich ist der Sprechende, was Baubewilligungen betrifft, zu wenig bewandert; er sieht jedoch, dass es bei diversen Anlässen mit temporären Installationen keine Baubewilligung braucht. Mit der vollständigen Überweisung möchte er den Stadtrat auch dazu auffordern, den rechtlichen Rahmen nach Möglichkeit voll auszuschöpfen. Wenn es wirklich notwendig ist, dass Baubewilligungen erteilt werden, müssen diese mit einem sehr stark abgekürzten Verfahren sehr viel kostengünstiger möglich sein. Sonst würde, auch wenn die Postulate ganz oder teilweise überwiesen werden, gar nichts passieren. Luzern Tourismus fordert aktuell, es müssten Hunderttausende von Franken in Imagekampagnen investiert werden. Nach Ansicht des Sprechenden wäre es besser, man würde die Stadt Luzern attraktiver machen, damit Leute hierherkommen. Mit einem deutlichen Signal im Bereich der Boulevardgastronomie hat die Stadt die Möglichkeit, solche Signale zu setzen. Der Sprechende würde sich freuen, wenn die vollständige Überweisung des Postulats 408 die Unterstützung der Fraktionen findet, damit all die Menschen, die den Sommer in Luzern verbringen werden und nicht weiter weg reisen können, doch auch irgendwie etwas Freudvolles haben.

Marco Müller: Die G/JG-Fraktion unterstützt den Vorstoss der CVP-Fraktion. Die Stellungnahme des Stadtrates gefällt ihr, der Stadtrat zeigt ein pragmatisches Vorgehen auf, das Anliegen wird

aufgenommen. Es ist wichtig, die entsprechenden Stellen – z. B. Sicherheitsorganisationen, Tiefbauamt – miteinzubeziehen. Die G/JG-Fraktion findet es toll, dass die Umsetzung so bald erfolgt. Auch das Widerrufsrecht unterstützt die Fraktion: Die letzten Wochen haben uns gelehrt, dass es wichtig ist, mutige Entscheidungen zu treffen und etwas auszuprobieren, aber wenn man merkt, dass es nicht funktioniert, muss man auch die Möglichkeit haben, es wieder rückgängig zu machen oder anzupassen.

Die G/JG-Fraktion unterstützt auch die vollständige Überweisung des Vorstosses der SP/JUSO-Fraktion. Dadurch wird die Innovation gefördert und die Gastronomie spürt, dass die Türe im Stadthaus für solche Lösungen nicht nur ein bisschen, sondern weit offen steht. Inwiefern diese Möglichkeit dann genutzt wird, wird sich zeigen. Gerade wenn es sich um die Sperrung von kleineren Strassen handelt – der Sprechende denkt z. B. an die Waldstätterstrasse –, die sehr kurz und geprägt von Begegnung und von Gastronomie sind, ist eine solche Lösung sicher geeignet. Allenfalls gibt es in der Stadt weitere vergleichbare Strassen, aber an vielen Orten wird diese Lösung wahrscheinlich nicht in Frage kommen, auch weil das Gewerbe sich dagegen sperrt. Die G/JG-Fraktion betrachtet es jedoch als ein wichtiges Zeichen, dass die Stadt das ermöglicht. Darum unterstützt sie die vollständige Überweisung des Postulats 408. Sie begrüsst die Haltung des Stadtrates, dass er in Bezug auf Freiraum und Grünraum zurückhaltend ist. Der Druck auf diese Räume wird zunehmen, zum einen wegen des Abstands und zum anderen, weil nicht alle die Möglichkeit haben, kommerzielle Angebote zu nutzen. Darum darf nicht Grünraum zulasten einer Kommerzialisierung geopfert werden. Der Umnutzung von Parkplätzen gegenüber ist die Fraktion jedoch ein bisschen offener.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats 403. Sie dankt dem Stadtrat für die pragmatische und schnelle Umsetzung. Der Stadtrat hat das Zeichen schon gegeben, bevor die Lockerung kam, sodass sich die Beizer darauf einstellen konnten. Die Fraktion befürwortet die gleichzeitige Abschreibung des Postulats 403.

Beim Postulat 408 sieht die FDP-Fraktion es ein bisschen anders. Unter der Coronakrise haben nicht nur die Beizer gelitten, sondern alle, unter anderem auch das Gewerbe, die Läden, Zahnärzte, Coiffeure usw. Diese wollen ihre Kunden wieder. Die Wirtschaft in der Stadt Luzern besteht nicht nur aus Beizern. Sie haben offensichtlich das beste Lobbying in dieser Stadt, aber Stadtrat und Grosser Stadtrat müssen sich um alle kümmern. Zahnärzte und Ärzte, Coiffeure usw. sind vielleicht auch auf Leute angewiesen, die mit dem Auto kommen, die behindert sind, die einfach aus Angst in der jetzigen Zeit nicht den ÖV benutzen wollen – es gibt zurzeit sehr viele Leute, die Angst haben, den ÖV zu benutzen. Stadtrat und Grosser Stadtrat müssen darauf hinarbeiten, dass die Stadt Luzern wieder in Fahrt kommt, und deshalb müssen sie das Augenmass behalten und nicht nur auf die Gastronomen achten. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das Postulat 408 ab.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Überweisung des Postulats 403 zu, sie schätzt das Vorgehen und das Vorhaben des Stadtrates. Das Postulat 408 lehnt die SVP-Fraktion ab, im Folgenden wird sich der Sprechende hauptsächlich zu diesem Postulat äussern. Im Postulat 408 zieht die SP/JUSO-Fraktion ihren Ideen – das wird man heute auch noch bei weiteren Vorstössen sehen – das Coronamäntelchen über. Dazu kommt noch ein scheinheiligeres Mäntelchen, nämlich das der Wirtschaftsfreundlichkeit. Seit wann setzen sich denn die Linken überhaupt für die

Wirtschaft ein? Es sitzen ja einige Gewerkschaftler in diesem Parlament, die sich oftmals nicht für die Interessen der Unternehmen und der Firmen interessieren und auch sonst vieles tun, was den Wirtschaftsstandort Stadt Luzern unattraktiver macht. Das wäre auch beim Postulat 408 wieder der Fall, denn die SP/JUSO-Fraktion will ja – zumindest versteht es der Sprechende so, auch wenn es im Vorstoss nicht genauer spezifiziert wird – die Carparkplätze am Löwenplatz, am Schwanenplatz oder auf dem Inseli aufheben. Gerade die Carunternehmen sind doch sehr stark von der Corona-Krise betroffen, nicht nur die Gastrobranche, und auch die Hotels sind darauf angewiesen, dass die Gäste, wenn sie dann hoffentlich irgendwann wieder kommen, möglichst einfach mit den Cars anreisen können. Sie haben da durchaus einen Aufholbedarf. Die Nutzung des ÖV hat ja in der letzten Zeit leider massiv abgenommen, um 80–90 Prozent. In einer repräsentativen Umfrage gab ein grosser Teil der ÖV-Nutzenden an, dass sie den ÖV nicht mehr nutzen wollen. Der ÖV wird wohl kaum auf das frühere Niveau zurückkommen. Für den Sprechenden stellt sich da die Frage, ob man auch bereit ist, punktuell Bushaltestellen, Busbuchten oder Busspuren zugunsten der Gastrobranche aufzuheben, auch wenn diese meistens auf Kantonsstrassen sind. Oder wie sieht es mit Veloparkplätzen aus: Ist man auch da bereit, sie punktuell zu opfern, vielleicht an der Zentralstrasse? Diese Fragen sind natürlich nicht ganz ernst gemeint, sondern sie sollen aufzeigen, dass man da einmal mehr versucht, gegen den motorisierten Individualverkehr zu schießen und Einschränkungen durchzubringen, eben mit dem Deckmäntelchen des Coronavirus. Die SVP-Fraktion lehnt daher das Postulat 408 ab, unterstützt jedoch die teilweise Überweisung des Postulats 403.

Daniel Lütolf: In dieser Zeit ist ein pragmatisches und schnelles Handeln essenziell wichtig und kann über Sein oder Nichtsein entscheiden. Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für sein rasches Handeln. Es gibt viele Ideen, mit welchen sich die aktuelle Zeit ein bisschen erträglicher gestalten lässt, so die Idee des Quartiersvereins Hirschmatt-Neustadt, die Neustadt mit bunten Illustrationen zu bestücken. Die GLP-Fraktion geht davon aus, dass die Prüfung von weiteren Ideen rasch und pragmatisch vonstattengeht. Lasst uns doch bitte kreativ und offen sein! Pragmatismus ist entscheidend, es muss schnell gehen. Man soll aber auch Ideen ausprobieren dürfen, ohne dass man schon weiss, ob sie wirklich funktionieren. Die Carparkplätze braucht die Stadt jetzt definitiv nicht, wieso sollte man sie also nicht schnell und pragmatisch umnutzen? Wenn sie dann wieder gebraucht werden, kann man sie auch wieder für ihren ursprünglichen Zweck nutzen. Die GLP-Fraktion unterstützt die vollständige Überweisung des Postulats 408.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula freut es, dass die Vorschläge und das pragmatische Vorgehen des Stadtrates positiv aufgenommen werden. Der Stadtrat hat intensiv darüber diskutiert, wo und wie der Ermessensspielraum ausgenutzt werden kann. Die Gesuche für Erweiterungen kamen sehr schnell, bis gestern waren es 55. Die ersten Gesuche sind bereits bewilligt, im Schnitt wird es rund 2–4 Tage dauern, um ein Gesuch zu beurteilen. Es wurde eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt; dem Stadtrat ist wichtig, dass es bei diesen Bewilligungen vorwärtsgeht und man den Anliegen möglichst entgegenkommt. Dadurch bleiben natürlich einige andere Arbeiten liegen. Die Bewilligungen erfolgen mit Augenmass; wenn die Gastronomieflächen zu stark ausgeweitet würden, käme es zu einem Druck auf die Restflächen für diejenigen Leute, die sich auch im Stadtraum aufhalten, aber z. B. nicht konsumieren möchten. Darum ist der Stadtrat zurückhaltend, wenn es darum geht, Grünzonen zu nutzen. Grosse Erweiterungen z. B. auf dem

Helvetiaplatz oder im Vögeligärtli könnte sich der Sprechende nicht vorstellen. Deshalb werden die Gesuche einzeln sorgfältig und doch zügig geprüft. Bezüglich der Nutzung von Parkplätzen und Strassenraum ist die Stadt flexibel. Eine überschlagsmässige Schätzung hat ergeben, dass es bis zum Herbst um etwa 60–90 Parkplätze gehen könnte, die man temporär für die Gastronomienutzung verwenden würde. Das ist auf den Gesamtbestand von 15'000 öffentlich zugänglichen Parkplätzen vertretbar. Natürlich ist der Hinweis von Sonja Döbeli Stirnemann richtig, dass es auch noch andere Gewerbe gibt. Für diese stehen dann ja immer noch rund 14'930, also sehr viele öffentlich zugängliche Parkplatzmöglichkeiten zur Verfügung. Wie sich die Situation entwickeln wird, weiss im Moment niemand. Der ÖV wird deutlich weniger genutzt, der Veloverkehr hat stark zugenommen. Der Freizeitverkehr mit dem Auto ist stark zurückgegangen, aber jetzt nimmt auch der Autoverkehr wieder zu. Prognosen zu machen ist sehr schwierig. Zurzeit fällt der touristische Verkehr ganz weg, man sieht keine Cars mehr in der Stadt, es gibt zurzeit auch keine Angebote für den Cartourismus. Darum ging bei der Stadt auch bereits vor diesen Vorstössen eine Anfrage aus dem Quartierverein Hochwacht ein, ob man nicht die leeren Flächen beim Löwenplatz temporär bespielen könnte. Die Stadt ist offen für diese Idee und wird das prüfen. Aber selbstverständlich würde eine solche Nutzung nur für die Zeit erlaubt, in welcher kein Bedarf nach diesen Parkplätzen besteht. Es geht nicht darum, Dauerlösungen umzusetzen oder der Stadt unter einem «Coronadeckmäntelchen» eine andere Mobilitätspolitik aufzuzwingen, als in der Mobilitätsstrategie verankert ist, sondern es geht darum, die Flächen, die zurzeit frei sind, angenehmer zu gestalten. Es gibt auch ein Gesuch für Gastronomie auf dem Löwenplatz; solche Ideen werden jetzt einfach einmal geprüft. Eine Schwierigkeit besteht tatsächlich für jene Gastronomiebetriebe, die bis jetzt noch keine Gastronomiefläche im Aussenraum hatten. Die Stadt kann die gesetzlichen Grundlagen nicht einfach aushebeln, da braucht es ein Baubewilligungsverfahren. So verlangt es die kantonale Gesetzgebung und die nationale Praxis; das Bundesgericht kam ja zum Schluss, dass es für eine Boulevardgastronomie eine Baubewilligung braucht. Die Arbeitsgruppe wird versuchen, diese Baubewilligungsverfahren schnell durchzuführen. Im Minimalfall dauert es wegen der öffentlichen Auflage aber doch etwa 25 Tage. Im klassischen Fall braucht es auch bei Erweiterungen eine Baubewilligung, aber aktuell entsteht ja nicht eine zusätzliche Nutzung, es gibt nicht mehr Sekundärlärm, wenn diese Flächen ausgeweitet werden, denn man darf sie ja nicht so dicht nutzen. Selbstverständlich müssen auch die anderen Interessen und die anderen Nutzungen sichergestellt werden; die Erreichbarkeit und Erschliessung der Quartiere, die Rettungsgassen und der Raum für den Fussgängerverkehr müssen gewährleistet sein.

Der Sprechende sieht die Nuance nicht ganz, wenn man jetzt an der vollständigen Überweisung des Postulats 408 festhalten will. Der Stadtrat zeigt seine Offenheit dem Anliegen gegenüber, er will die Gesuche in Bezug auf Parkplätze und Strassensperrungen im Einzelfall prüfen. Eine Sperrung z. B. der Waldstätterstrasse wäre nach Ansicht des Sprechenden denkbar, wenn ein entsprechendes Gesuch gestellt wird. Das Bedürfnis muss formuliert werden, es muss jemand da sein, der diese Fläche bespielen kann. Der Eingriff muss zudem unter dem Aspekt der Erschliessung des Quartiers verträglich sein. Die Stadt wird alle Gesuche einzeln prüfen. Deshalb ist die Differenz zwischen teilweiser und vollständiger Überweisung nur gering. Der Stadtrat will der Gastronomie entgegenkommen, die ein Teil der Wirtschaft ist. Selbstverständlich vergisst er dabei die anderen Teile der Wirtschaft nicht, aber für diese gibt es noch genug Parkierungsflächen, weil in gewissen Bereichen im Moment der Verkehr tatsächlich zurückgegangen ist. Das ist auch bei der Nutzung

der Parkplätze spürbar. In diesem Sinn bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, den Anträgen des Stadtrates zu diesen zwei Postulaten zu folgen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 403 teilweise.

Mirjam Fries hat bereits erklärt, dass die CVP-Fraktion mit der gleichzeitigen Abschreibung des Postulats 403 einverstanden ist.

Das Dringliche Postulat 403 wird gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Zum Dringlichen Postulat 408:

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 408 mit 25 : 21 Stimmen vollständig.

- **Dringliches Postulat 405, Mirjam Landwehr und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 30. April 2020:
Vorrang für Zufussgehende und Velofahrende**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Mirjam Landwehr ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest.

Mirjam Landwehr dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zum Dringlichen Postulat 405. Der Stadtrat bestätigt darin den Verdacht der Unterzeichneten, dass der ÖV nicht nur im Moment Einbussen hat, sondern dass das wahrscheinlich auch noch in den nächsten Monaten so bleiben wird. Das ist natürlich für das Verkehrssystem der Stadt, in welchem der ÖV einen grossen Pfeiler im Modalsplit darstellt, eine schwierige Ausgangslage. Weiter geht der Stadtrat dann aber davon aus, dass das vielleicht nicht ein grosses Problem sein wird, weil weiterhin viele im Homeoffice arbeiten werden. Die Stadtverwaltung geht da mit gutem Beispiel voran, was die Sprechende lobend erwähnen will. Sie hat allerdings Zweifel, wie viele andere Firmen langfristig am Homeoffice festhalten werden, denn sehr viele Firmen waren nicht darauf eingestellt, für sie war es einfach eine Notfallmassnahme. Deshalb muss man vielleicht davon ausgehen, dass der Pendlerverkehr trotzdem wieder zunehmen wird. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat vorhin schon erwähnt, dass zurzeit kein Carverkehr vorhanden ist. Das sieht die G/JG-Fraktion auch so, aber bekanntlich war der Carverkehr rein von der Menge her ja nicht das massgebende Problem der Verkehrsüberlastung in der Stadt Luzern. Damit kommt die Sprechende zum nächsten Punkt, zum Freizeitverkehr oder zum ausbleibenden Tourismus. Der ausländische Tourismus wird wahrscheinlich dieses Jahr nicht mehr in die Schweiz kommen, oder auf alle Fälle nicht im Sommer, aber es ist davon

auszugehen, dass dafür inländische Erholungssuchende vermehrt an Orte gehen, wo ein See ist. Deshalb kann die Stadt Luzern wohl mit einer Zunahme von inländischen Touristen rechnen. Zum Kern des Postulats: Es ist jetzt wirklich angebracht, darüber nachzudenken, wie man damit umgeht, dass es in der Nutzung des öffentlichen Verkehrs und grundsätzlich im Mobilitätsverhalten eine massgebende Veränderung geben wird. Die Sprechende musste bisher bei fast allen Verkehrsvorstössen enttäuscht feststellen, wie schwerfällig unser System ist. Das ist nicht die Schuld des Stadtrates, sondern die Schuld des Systems. Auch im vorliegenden speziellen Fall zeigt sich diese Schwerfälligkeit, wenn es darum geht, unbürokratisch und niederschwellig Lösungen für eine ausserordentliche Situation zu finden. Das zeigt der Stadtrat ganz offen auf, es braucht auch für eine Begegnungszone, die temporär eingeführt werden soll, ein Gutachten, wie es der Fall ist, wenn man eine reguläre Begegnungszone, ohne Befristung, einführen möchte. Das ist ernüchternd. Schon vorhin bei der Boulevardgastronomie wurde klar, wie fest der Stadt auch in ausserordentlichen Situationen die Hände gebunden sind. Die Sprechende fordert den Stadtrat auf, die Situation proaktiv zu beobachten und angemessen zu reagieren. Der Stadtrat stellt in seiner Stellungnahme in Aussicht, dass er dort reagieren wird, wo sich Probleme abzeichnen. Sie bittet den Stadtrat, das wirklich auch proaktiv zu tun. Der Stadtrat weist auch darauf hin, dass es für Strassenräume, die zu einer Begegnungszone werden sollen, Umgestaltungen bräuchte. Da stellt die Sprechende einfach infrage, wie stark diese Umgestaltungen Hochglanz-Umgestaltungen sein müssen und ob man nicht mit viel einfacheren Mitteln etwas erreichen könnte, gerade wenn man feststellt, dass die Wichtigkeit der Quartiere als Naherholungsorte in diesem Sommer noch zunehmen wird. Es kann ja nicht das Ziel sein, dass sich alle Leute im Sommer einfach am See aufhalten, dann wären das Seeufer und der See wirklich voll. Sie weist zudem noch einmal darauf hin, dass im Postulat auch die Kommunikation vonseiten des Stadtrates gefordert wird: Der Stadtrat soll der Bevölkerung gegenüber proaktiv kommunizieren, dass sie die temporären Begegnungszonen nutzt, die das Postulat fordert und die anscheinend leider nicht so einfach machbar sind. Die Stadt könnte auf der Kommunikationsschiene auch noch weiter ausholen und beispielsweise die Leute aus der Agglomeration bitten, mit dem Velo und nicht mit dem Auto in die Stadt zu kommen, wenn sie nicht den ÖV benutzen wollen, und dies auch, selbst wenn man die Schwachstellen für den Veloverkehr nicht temporär beheben kann. Aber grundsätzlich ist die G/JG-Fraktion wie gesagt mit der Stellungnahme des Stadtrates und mit der teilweisen Überweisung des Postulats einverstanden.

Marco Baumann: Das Virus fordert uns in diversen Bereichen heraus, so auch im öffentlichen Verkehr. Distanz- und Hygieneempfehlungen müssen auch im ÖV möglichst gut eingehalten werden können. Mit geeigneten Schutzmassnahmen muss jetzt versucht werden, die ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer zurückzugewinnen, die ans Auto verloren gingen. Das muss jetzt unser Ziel sein. Man muss ihnen die Angst nehmen, damit sie sich wieder trauen, den Bus und den Zug zu nehmen. Da sind vor allem die Transportunternehmen gefordert.

Wie der Verkehr in unserer Stadt nach Corona genau aussehen wird, ist heute nur schwer einschätzbar. Vielleicht findet Homeoffice endlich den verdienten Einzug in die Unternehmen, was zu einer Abnahme des Pendler/innenverkehrs führen würde. Eher wahrscheinlich ist aber, dass mit der aktuellen Lockerung des Lockdown der Verkehr sehr schnell wieder zunehmen wird; vor allem der MIV wird schnell wieder sein normales Niveau erreichen, schneller als wir überhaupt reagieren

können. Es wird darum nicht möglich sein, kurzfristig Strassenabschnitte umzunutzen, weil der MIV schnell wieder normal fliessen wird. Umnutzungen, auch wenn sie nur temporär wären, würden den ganzen Verkehrsfluss unterbrechen, mit negativen Folgen für die ganze Stadt. Darum lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ganz klar ab. Es braucht jetzt nicht kurzfristige und überstürzte Massnahmen. Der Veloverkehr und der Fussverkehr haben aufgrund von Corona nicht in einem Ausmass zugenommen, dass sich solche Eingriffe rechtfertigen. Die Auswirkungen zeigen sich vor allem im Freizeitverkehr. Die Stadt muss langfristig daran arbeiten, attraktivere und sicherere Velo- wie auch Fussverkehrswege anbieten zu können. Solche Massnahme müssen mit der Mobilitätsstrategie und dem Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr abgestimmt sein. Programm und Stossrichtung dazu sind aufgeleitet. Es braucht im Bereich des Verkehrs jetzt keinen Aktionismus.

Patrick Zibung: Beim Postulat 405 geht es in die gleiche Richtung wie beim Postulat 408: Es handelt sich um das gleiche links-grüne VCS-Zeug wie immer, nur dass man auch diesem Postulat das Coronamäntelchen überzieht. So ist im Postulat z. B. auch von Tempo 20 die Rede – mit Tempo 20 schafft man keinen einzigen Quadratmeter Veloweg mehr. Auf gut Deutsch geht es hier um «alten Wein in ein bisschen neueren Schläuchen». Der Sprechende gibt den Postulantinnen und Postulanten ja recht, dass der ÖV gemieden wird und auch gemieden werden soll, wenn man das Risiko von Corona minimieren will. Dass das Velo aktuell Zulauf bekommt, ist unbestritten und sehr positiv. Der Sprechende fährt ja selber auch ab und zu Velo, auch wenn er meistens Auto fährt. Wenn man aber den Modalsplit anschaut, sieht man, dass das Velo leider einen relativ tiefen Anteil hat. Selbst wenn sich dieser verdoppeln oder verdreifachen würde, macht er immer noch eine relativ kleine Menge im Gesamtverkehr aus. Würden die Vorstösserinnen und Vorstösser frei von Ideologie und im Sinn eines leistungsfähigen Verkehrssystems agieren, mit welchem man die derzeitige Abwendung vom ÖV auffangen könnte, würden sie einen temporären Rückbau der Busspuren zugunsten von Autos und vor allem zugunsten des Veloverkehrs fordern. Denn am sichersten ist nach wie vor das Auto, dicht gefolgt vom Velo. Aber auch 10 m zusätzlicher Veloweg werden nie ein so geringes Ansteckungsrisiko bewirken, wie man es hat, wenn man mit dem Auto unterwegs ist. Der Vorstoss täuscht vor, dass man sich um Corona-Ansteckungen Sorgen macht, doch in Wahrheit geht es den Vorstösserinnen und Vorstössern um die altbekannten ideologischen Grabenkämpfe. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Nico van der Heiden: Wenn einem das Herz für das Velo schlägt, ist es im Moment eine wahre Freude, in der Stadt unterwegs zu sein. Der Sprechende ist an der Zentralstrasse ein paarmal in einem Velostau gelandet, während auf den Autospuren gähnende Leere herrschte; es war nur mit Mühe möglich, dass alle Velos, die dort anstanden, in der Grünphase, die ja für die Autos ausgelegt ist, losfahren konnten. Er muss Marco Baumann dezidiert widersprechen: Da handelt es sich nicht nur um Freizeitverkehr. Zurzeit sind sehr viel mehr Leute auch im Berufsverkehr mit dem Velo unterwegs, eben solche, die nicht im Homeoffice arbeiten können. Wenn die aktuelle Krise dazu führt, dass die Leute die Freude daran wieder entdecken, zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs zu sein, dann kann man das als Coronamäntelchen bezeichnen, aber der Sprechende möchte, dass es auch nach der Coronakrise so bleibt. Er möchte nicht, dass die Leute das Mittel von Patrick Zibung zur Bekämpfung der Coronakrise anwenden, nämlich mit einem SUV herumzufahren. Dem Stadtrat dankt der Sprechende für seine sehr differenzierte Stellungnahme; der Stadtrat reizt das

aus, was möglich ist. Wie Mirjam Landwehr ist der Sprechende ein bisschen frustriert, dass nicht mehr möglich ist; manchmal blickt er mit Neid auf Städte in kommunistischen Diktaturen wie Paris, Berlin, New York, die sehr spontan Velospuren schaffen können und das Problem von übergeordnetem Recht, von irgendwelchen Vorschriften und langen bürokratischen Verfahren offensichtlich nicht so kennen wie die Schweiz. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinem geplanten Vorgehen und ist mit der teilweisen Überweisung des Postulats einverstanden.

Roger Sonderegger: Die Tendenz ist zurzeit tatsächlich weg vom ÖV, hin zum Velo, zum Auto, zum Zu-Fuss-Gehen, aber auch hin zu neuen Verhaltensmustern ganz generell; es gibt auch ganz neue Muster, wie die Leute zur Arbeit gehen. Es brauchte offenbar ein Virus, damit das, was in Fachkonferenzen seit 20 Jahren diskutiert wird, endlich eintritt. Eine geringere Nutzung bedeutet für die Transportunternehmungen auch weniger Einkommen. Der Sprechende befürchtet, dass dieser Aspekt noch nicht allen bewusst ist, da kommt noch ein grösseres Problem auf uns, auf die ganze Schweiz zu, denn die fehlenden Einnahmen der Transportunternehmungen im öffentlichen Verkehr müssen durch die öffentliche Hand kompensiert werden. Dem Sprechenden geht es oft auch so wie Nico van der Heiden und Mirjam Landwehr: Verkehrspolitik ist ein langsames Geschäft, manchmal ein zu langsames Geschäft, man sehnt sich nach schnelleren Lösungen. Auch von Leuten, die sonst politisch weniger engagiert sind, hört man oft die Forderung: «Macht doch jetzt endlich einmal diesen Knopf dort auf!» Und erst, wenn man es an die Hand nimmt und versucht, den Knopf zu lösen, merkt man, wie mancher Nebenknopf auch noch daran hängt. Verkehrspolitik ist ein langsames Geschäft, man wünscht sich manchmal mehr Experimente, aber wenn man sich dann endlich traut, sie durchzuführen, merkt man, dass sie auch unerwartet ausfallen können. Der Sprechende erinnert an den Bundesplatz, der zweimal hintereinander umgestaltet wurde, was auch für gewissen Unmut sorgte. Das ganze Geschäft ist also offenbar doch ein bisschen komplizierter, sodass man es nicht gleich mit einfachen temporären Versuchen in Ordnung bringen kann. An der Stellungnahme des Stadtrates gefällt dem Sprechenden besonders, dass der Stadtrat genau hinschaut, was machbar ist und was nicht, und wieder einmal aufzeigt, dass es für eine Tempo-30-Zone oder eine Begegnungszone ein Gutachten braucht. Eine solche Zone kann man nicht einfach schnell realisieren und einmal schauen, ob sie funktioniert, und danach in ein Providurium oder in einen definitiven Zustand überführen. Der Sprechende betont, dass die Umwelt- und Mobilitätsdirektion kontinuierlich in die richtige Richtung arbeitet. Kontinuität ist wichtig, wenn man in einem langsamen Business zu Erfolg kommen will; man kann eben nicht in einer Krise etwas schnell mit einem Vorstoss abhandeln, wie es auch schon versucht wurde und auch jetzt zum Teil wieder gemacht wird. Wichtig ist, dass man über Jahre am Ball bleibt. Das macht die Umwelt- und Mobilitätsdirektion sehr gut.

Der Sprechende denkt auch nach vorn: Wenn der Grosse Stadtrat in einem halben, in einem oder in zwei Jahren über die Abschreibung dieses Vorstosses diskutieren möchte, in welchem noch COVID-19 steht, wird man den Eindruck haben, dass das schon ziemlich lange zurückliegt. Er erlaubt sich darum, angesichts der guten Stellungnahme und den zufriedenen Voten einen **Abschreibungsantrag** auch für dieses Postulat zu stellen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt für das Lob zuhänden des Stadtrates und für die unterstützenden Voten. Er will sich nicht in ideologische Grabenkämpfe begeben, das ist

nicht der Stil des Stadtrates, er will einfach einen Punkt festhalten: Es gibt nicht nur eine Corona-krise, es gibt auch noch die Klimakrise. Der Ansatz, der Klimakrise mit mehr Autoverkehr zu begegnen, ist eher fragwürdig. Was gesagt wurde, ist richtig: Das System in der Schweiz ist eher schwerfällig, es geht langsam, und deshalb ist der Stadtrat auch, wie er in der Stellungnahme schreibt, vor allem an langfristigen Lösungen interessiert. Jetzt schnell etwas umzusetzen und nachher wieder aufzuheben macht nicht viel Sinn; der Stadtrat will lieber versuchen, die Lücken dauerhaft zu schliessen, und arbeitet in diese Richtung weiter. Wenn es möglich wäre, Lücken im Velonetz zu schliessen, hätte der Stadtrat das schon lange gemacht, aber das ist eben nicht so einfach. Die Stadt kennt diesbezüglich kein Notrecht. Der Bund könnte das, er könnte Verordnungen erlassen, mit welchen gewisse Bestimmungen temporär reduziert oder aufgehoben werden. Die Stadt kann nur an den Rand des Ermessensspielraums gehen, mehr kann sie nicht, und in diesem Sinn ist auch die Stellungnahme des Stadtrates ausgefallen.

Ob das Postulat auch gleich abgeschrieben wird oder nicht, spielt keine grosse Rolle, denn die Stadt wird im Rahmen der Mobilitätsstrategie sowieso auf diesem Weg weitergehen. Die Stadt weiss aber nicht – und deshalb kann sie im Moment auch keine Prognose machen –, wo die Probleme auftauchen, wo es zu Engpässen kommt, auch für den Fussverkehr. Das muss man beobachten, das wird sich in den nächsten Tagen zum Teil erweisen. Wenn sich zeigt, dass es an einer bestimmten Stelle ein Verkehrssicherheitsproblem gibt oder ein Engnis oder einen Stau, für Velofahrende oder für zu Fuss Gehende, muss die Stadt versuchen, für diese Stellen sofort Lösungen zu finden. Deshalb ist es wichtig, die Situation gut zu beobachten und dort einzugreifen, wo sich Probleme zeigen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 405 teilweise.

Der Grosse Stadtrat schreibt das Dringliche Postulat 405 mit 23 : 22 Stimmen gleichzeitig als erledigt ab.

- Dringliches Postulat 406, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Mai 2020:
Genügend sicheren Frischluft-Freiraum auch in Pandemiezeiten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Cyrill Studer Korevaar ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Auch sonst hält niemand aus dem Grossen Stadtrat an der vollständigen Überweisung fest.

Cyrill Studer Korevaar: Auf eine Pandemie hat niemand gewartet. Trotzdem sind wir und mit uns der Rest der Welt plötzlich mittendrin. So schnell sie gekommen ist, so schnell ändern sich auch die Umstände. Derzeit ist zum Glück wieder vorsichtiger Optimismus angesagt, und in diesem Sinn

wurden auch einige Punkte des Vorstosses vom Stadtrat bereits vorweggenommen und entschieden, aber eben nicht ganz alle. Ausserdem ist damit zu rechnen, dass die Krise noch nicht ganz vorbei ist. Der Stadtrat wird weiterhin gefordert sein, schwierige Entscheide zu treffen. Unter diesem Aspekt ist es von Vorteil, heute im Zusammenhang mit den dringlichen Vorstössen den Puls der Volksvertretenden spüren zu können. Das hilft dem Stadtrat bei den Entscheiden, die über den Sommer sicher noch anstehen. Der Sprechende denkt, dass es insgesamt einen breiten Konsens zwischen Stadtrat und Grosse Stadtrat gibt, die Bewegungsfreiheit unter Wahrung der Sicherheitsmassnahmen möglichst gross zu halten. Bisher noch nicht besprochen wurde der einvernehmliche Einbezug privater Flächen zugunsten der Gesamtbevölkerung. Die Stellungnahme des Stadtrates dazu ist sehr knapp, nach dem Verständnis des Sprechenden zu knapp. Denn der Vorstoss fordert dazu auf, im Einvernehmen mit Privaten das Gespräch zu suchen und Verhandlungen zu führen, um in dieser besonderen Zeit zusammen mit den Privaten die Fläche für die Gesamtbevölkerung zu erweitern, damit die Sicherheitsabstände gut eingehalten werden können. Die Frage ist natürlich auch, wo solche Privatflächen überhaupt denkbar sind. Auf den Sommer hin sollte man selbstverständlich in der Nähe des Sees suchen gehen. Vorstellbar wäre z. B. die Haldenstrasse beim Luzernerquai, dann aber auch das Gebiet im Schönbühl nach der Tribschenbadi, sicher auch die Allenwindenkuppe oder Waldränder im Bereich von Gütschwald und Sonnenberg, oder in Absprache mit der Gemeinde Horw und den dortigen Besitzenden auch Flächen entlang des Bireggwalds. Dann sollte man selbstverständlich auch sogenannte «versteckte» oder der breiten Bevölkerung unbekannte Flächen wie Innenhöfe usw. in den Fokus rücken und die Chance nutzen, um die Stadt im kommenden Sommer für die städtische Bevölkerung zu öffnen, damit sie sie allenfalls neu entdecken kann. Der SP/JUSO-Fraktion ist bewusst, dass solche Gespräche und Verhandlungen nicht einfach sind. Trotzdem sollen sie mit einem guten Selbstbewusstsein angegangen werden. Es geht letztlich um Fläche: Je mehr Fläche für die Allgemeinheit gewonnen wird, desto mehr Leute können gleichzeitig und sicher ihre eigenen vier Wände verlassen. Es geht um den Sommer 2020. Es geht also um viel.

Auf einen weiteren Punkt ist der Stadtrat leider überhaupt nicht eingegangen, nämlich auf das sogenannte «Einlasssystem» in den öffentlichen Raum, wie es im Vorstoss genannt wird. Vielleicht ist dieser Aspekt einfach untergegangen. Es geht darum, sich genug früh zu überlegen, zu was für Konflikten es über den Sommer im öffentlichen Raum führen könnte, wenn die Dichte bei gewissen Hotspots zu gross wird. Der SP/JUSO-Fraktion ist wichtig, dass solche Situationen frühzeitig angedacht werden, damit man nicht plötzlich aus einer Überforderung heraus unangenehme Massnahmen ergreifen müsste. Nahe bei diesem Thema ist auch die Überlegung, wie es mit den öffentlichen Freibädern steht. Es dürfte allen bewusst sein, dass sie nicht mehr die Kapazitäten der letzten Jahre haben werden. Wie wird der Einlass geregelt? Ist einfach der Schnellere der Geschwindere, oder soll man z. B. an Spitzentagen Maximalzeiten einführen? Solche Überlegungen muss man genug früh anstellen und Massnahmen allenfalls proaktiv kommunizieren. Wie im Vorstoss erwähnt, ist die Information über Distanz- und Hygieneregeln weiterhin wichtig, und den Auswärtigen soll auch kommuniziert werden, dass sie die Stadt bis auf Weiteres für blosser Freizeitzwecke meiden. Da sieht die SP/JUSO-Fraktion einen Widerspruch, den die Stadt früh in den Fokus nehmen sollte: Einerseits wird zu Recht der nationale Tourismus gefördert; wir wollen auch wieder Touristen in der Stadt Luzern haben. Gleichzeitig wurde eben bisher jeweils kommuniziert, dass

man die Stadt meiden soll, damit sich nicht zu viele Leute gleichzeitig z. B. am Quai aufhalten und es so nicht mehr möglich ist, die nötige Distanz zu halten.

Weiter sollen auch die Anliegen der Bevölkerung und kreative Lösungsansätze aus der Bevölkerung aufgenommen werden. In Bezug auf den Löwenplatz, Schwanenplatz oder das Inseli fanden bereits interessante Entwicklungen statt. Dort soll die Stadt einfach die Chance nutzen, aufgrund der Coronakrise gewisse Möglichkeiten auszuprobieren, die dann vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt dauerhaft umgesetzt werden könnten.

In diesem Sinn zwingt uns Corona zu einer gewissen Kreativität. Nutzen wir sie zugunsten des Sommers 2020, damit er uns dann doch irgendwie positiv in Erinnerung bleiben kann!

Es bleibt noch die Frage der teilweisen Überweisung und der gleichzeitigen Abschreibung. Der Sprechende ist nicht ganz zufrieden, seiner Ansicht nach wurde die Stellungnahme ein bisschen schnell verfasst. Die SP/JUSO-Fraktion opponiert den Anträgen des Stadtrates trotzdem nicht, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits will sie den Ball flach halten, sie ist zuversichtlich, dass die Coronapandemie hoffentlich bald Geschichte sein wird, und andererseits haben die Mitglieder des Grossen Stadtrates noch die Möglichkeit, mit dringlichen Vorstössen gewisse Justierungen oder Präzisierungen auf den 4. Juni hin einzufordern.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion sieht es genau gleich wie der Stadtrat. Von den vier Forderungen im Postulat sind zwei umgesetzt und zwei nicht umsetzbar. Der Sprechende möchte noch etwas zu den privaten Flächen sagen: Die privaten Flächen sind manchmal öffentlich für alle zugänglich, manchmal sind sie es nicht. Was jetzt gefordert wird, würde bedeuten, dass die Flächen, die nicht öffentlich zugänglich sind oder von welchen nicht bekannt ist, dass sie öffentlich zugänglich sind, öffentlich zugänglich gemacht werden. Das ist eine charmante Idee, die Privaten könnten das doch tun, wenn sie es als sinnvolle Massnahme betrachten. Weniger sinnvoll ist, dass der Stadtrat oder die Verwaltung flächendeckend in der Stadt oder mindestens bei den besten Grundstücken zu den Privaten gehen und sie bitten oder überzeugen müssen, Fremde auf ihr Grundstück zu lassen. Die Erfolgchancen und die Effizienz dieses Ressourceneinsatzes sind viel zu klein, als dass man dem Stadtrat jetzt diesen Auftrag erteilen sollte. Darum ist die Stellungnahme des Stadtrates genau richtig: teilweise Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung.

Mirjam Landwehr folgt im Grundsatz den Ausführungen von Cyrill Studer Korevaar. Sie will noch einmal kurz etwas aufnehmen, was sie auch in ihrem vorhergegangenen Votum schon sagte: Sie bittet den Stadtrat, gut darauf zu achten, dass es genug Kapazitäten gibt, wenn man davon ausgeht, dass eben das Seeufer nicht so «überbevölkert» sein darf, wie es das normalerweise im Sommer ist. Im Postulat 406 werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie das gehandhabt werden könnte. Der Stadtrat hat begründet, wieso aus seiner Sicht diese Vorschläge nicht so einfach funktionieren, aber in diesem Fall muss weitergesucht werden, denn die heissen Sommermonate, in welchen die Leute so richtig hinausdrängen, stehen erst noch bevor. Und wie die Sprechende annimmt, geht in diesem Sommer wahrscheinlich niemand ins Ausland in die Ferien.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme. Sie kann die teilweise Überweisung unterstützen, was bei der vollständigen nicht der Fall gewesen wäre. Die Sprechende schliesst sich dem an, was Roger Sonderegger sagte: Wenn Private ihr Grundstück

zur Verfügung stellen wollen, wäre das charmant, aber sie betrachtet es als einen Übergriff vonseiten des Staates, wenn er z. B. von einem Privaten verlangt, dass er die kleine Wiese vor seiner Villa für die Bevölkerung öffnet. Das Recht der Privaten muss weiterhin Geltung haben. Die Sprechende ist dem Stadtrat sehr dankbar, dass er den Quai wieder öffnete. Die Schliessung des Quais empfand sie als bedrückende Enge; der Quai ist der schönste Ort in der Stadt, und gerade dorthin konnte die Bevölkerung nicht mehr gehen. Die Sprechende hatte das Gefühl, dass die Abstandsregeln, solange der Quai noch offen war, eingehalten wurden; sie betrachtet die Schliessung quasi als Überreaktion. Aber jetzt ist der Quai ja wieder offen. Natürlich kommt es an den Hotspots zu einer Ansammlung und einer ungewünschten Nähe, da könnte man darüber diskutieren, wie viele Bänke es dort geben soll. Aber die Öffnung des Quais bringt auch wieder mehr Platz und ermöglicht es, unsere Stadt wieder geniessen zu können. Dafür ist die Sprechende dankbar, sie hofft nicht, dass der Stadtrat je wieder auf die Idee kommt, den Quai abzusperren.

Martin Abele möchte kurz auf den letzten Abschnitt in der Stellungnahme des Stadtrates eingehen, in welchem steht: «Zusammenfassend sind die in diesem Dringlichen Postulat enthaltenen Vorschläge in Bezug auf die Sperrungen des öffentlichen Raums sowie die Öffnung der Badeanlagen bereits so weit als möglich umgesetzt.» Gerade in Bezug auf die Badeanlagen wundert er sich über diese Aussage, denn über die Freibäder wurde noch gar nichts bestimmt. Das Hallenbad hätte wieder öffnen können, hat aber trotzdem nicht geöffnet, weil es offenbar nicht rentabel ist. In zentralplus hat der Sprechende gelesen, dass jetzt sogar das Lido geschlossen wurde. Da möchte er gern erfahren, aus welchen Gründen. Muss man nun auch damit rechnen, dass auch noch die Ufeschötti geschlossen wird oder das Reussufer beim Nordpol? Es sollen nicht noch zusätzliche Schliessungen erfolgen, sondern die Bevölkerung sollte den vorhandenen Raum so weit wie möglich nutzen können.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es ist richtig, dass die Stellungnahme des Stadtrates in Bezug auf die Badeanlagen noch nicht ganz präzise ist, weil noch nicht alles umgesetzt wurde. Die Schliessung des Lidos am letzten Samstag stand im Zusammenhang mit dem normalen Übergang vom Winterbetrieb – im Winter hält die Stadtgärtnerei die Anlage offen – zum Sommerbetrieb; dieser Übergang ist immer auf den Muttertag terminiert, am Sonntag hätte das Lido eigentlich geöffnet werden sollen. Gemäss Covid-Verordnung dürfen jedoch die Badeanlagen als Badeanlagen noch nicht öffnen. Da lief die Kommunikation zwischen Stadt und Lido nicht gut. Der Parkteil des Lidos wird wieder geöffnet werden. Das Gleiche gilt für die Tribschenbadi, auch dort wird einfach der Parkteil geöffnet. Als Badeanlagen zum Baden dürfen Lido und Tribschenbadi noch nicht geöffnet werden, aber als Parkanlagen stehen ihre Grünflächen als Naherholungsflächen zur Verfügung. Der Bundesrat wird am 27. Mai informieren, wie der nächste Schritt in Bezug auf die Badeanlagen ab dem 8. Juni aussieht. Es wird sicher schwierig werden, in einem heissen Sommer die Distanzregel einzuhalten. Dessen ist sich der Gemeindeführungsstab bewusst, darum möchte er, dass die Badeanlagen offen sind, um den Druck von den Restflächen am See wegzunehmen. Sonst müsste man im Extremfall, wenn sich z. B. eine zweite Welle abzeichnet, verfügen, dass es gar keinen Seezugang mehr gibt. Deshalb nimmt der Gemeindeführungsstab dauernd Justierungen und Anpassungen vor. Der Stadtrat hat – entgegen der Annahme von Cyrill Studer Korevaar – das im Postulat erwähnte «Einlasssystem» nicht vergessen. Der Sprechende muss dazu

kurz ausführen, wie sich die Stadt zur Bewältigung der Pandemie organisierte. Seit dem 24. Februar ist der Stab BENO (betriebliche Notlagenbewältigung) der Stadt Luzern in Aktion, ein paar Tage darauf trat der Gemeindeführungsstab zusammen. Jede Woche gibt es in der Stadtratssitzung eine Sequenz, um die neusten Entwicklungen zu besprechen und auf die kommunale Ebene herunterzubrechen. Ein Einlasssystem hat der Stadtrat schon mehrmals diskutiert, aber wieder verworfen, so z. B. im Zusammenhang mit dem Wochenmarkt. Der Stadtrat ist dauernd daran zu justieren, zu prüfen, was möglich ist, was zweckmässig ist, was funktionieren könnte, immer gemäss den aktuellen Vorgaben des Bundes. Das bedeutet sehr viel Arbeit. Natürlich wäre es schön, wenn Private ihre Flächen zur Verfügung stellen, aber der Stadt fehlen einfach auch die personellen Ressourcen, um jetzt noch irgendein Projekt aufzugleisen und Verhandlungen über die einzelnen privaten Flächen aufzunehmen. Cyrill Studer Korevaar hat vorhin ausgeführt, welche Flächen im Fokus stehen; das wurde aus dem Postulat nicht so klar. Dem Stadtrat ist sehr bewusst, dass die Situation für die Bevölkerung schwierig ist. Es werden in diesem Sommer viele Leute hier in der Stadt bleiben und bei schönem Wetter an den See gehen wollen. Dazu muss man Lösungen finden und immer wieder justieren. Gestern wurde der Wochenmarkt wieder eröffnet, in der Nachbereitung wird man schauen, wie es funktioniert hat, wo es funktioniert hat und wo nicht. Es wurde auch gesagt, die Stellungnahme sei eher kurz ausgefallen. Es war eben ein dringlicher Vorstoss und die Stellungnahme musste schnell verfasst werden. Bei der Stellungnahme zur Boulevardgastronomie gab es fast jeden Tag wieder eine andere Version, weil man aufgrund der Diskussionen immer weitere Möglichkeiten sah. Die Auseinandersetzung mit dem Thema begann ja schon vor der Einreichung des Vorstosses, weil Gastro Luzern ein Gesuch stellte. Der Stadtrat nimmt alle Vorschläge auf und versucht, möglichst schnell Stellung dazu zu nehmen. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass Grünflächen und öffentliche Räume über den Sommer eine sehr wichtige Rolle spielen, und er versucht, möglichst viel guten, zweckmässigen Raum zu schaffen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 406 teilweise.

Gleichzeitig schreibt der Grosse Stadtrat das Dringliche Postulat 406 als erledigt ab.

- **Dringliches Postulat 407, Simon Roth und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:
Internationale Solidarität bei der Bewältigung der Corona-Pandemie**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Simon Roth ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Auch sonst hält niemand aus dem Grossen Stadtrat an der vollständigen Überweisung fest.

Simon Roth bedauert, dass der Stadtrat das Postulat nicht vollständig entgegennimmt, ist aber wie gesagt mit der teilweisen Überweisung einverstanden. Es würde einer Stadt, die sich wie Luzern immer wieder als weltoffen präsentiert, wenn es darum geht, wohlbetuchte Touristinnen und Touristen hierherzulocken, auch gut anstehen, wenn sie in Bezug auf internationale Solidarität mit gutem Beispiel und grosszügig vorangeht. Auch wenn die beantragte Erhöhung des Solidaritätsbeitrags nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, können am Ende viele einzelne kleine Tropfen einen heissen Stein doch kühlen. Die SVP-Fraktion hat zu Beginn der heutigen Sitzung bereits darauf hingewiesen, dass spenden Privatsache sei. Natürlich ist es allen Menschen unbenommen, eine Spende zu tätigen. Aber das schliesst in keiner Art und Weise aus, dass man sich auch als Gemeinwesen solidarisch zeigen kann. Im Gegenteil: In einer solchen Situation kann es nicht einfach nur vom Goodwill von Privatpersonen abhängen, ob man etwas unternimmt oder nicht. Es braucht eine Antwort der Gemeinwesen auf sämtlichen Staatsebenen. Denn es ist auch im allgemeinen Interesse, dass diese Krise so schnell wie möglich überwunden wird. Das wird garantiert nur dann möglich sein, wenn nicht einfach alle nur für sich selber schauen. Die öffentliche Hand spricht zurzeit diverse Solidaritätsbeiträge, die zwar in der Regel nicht so genannt werden, es aber faktisch doch sind. Das ist im Moment auch richtig und wichtig und weitgehend unbestritten. Aber es sind eben nicht nur im Inland viele Menschen auf Unterstützung angewiesen, sondern weltweit. Weil jetzt Hilfe vielerorts dringend ist, wehrt sich der Sprechende auch nicht gegen die teilweise Überweisung, um so die Chance des Postulats zu erhöhen. Die Folgen der Pandemie werden Ende Jahr noch nicht vorbei sein; darum wird die SP/JUSO-Fraktion voraussichtlich auch im Rahmen der Diskussion um das Budget 2021 wieder eine Erhöhung der Solidaritätsbeiträge für das Jahr 2021 beantragen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. An jeder Sitzung des Grossen Stadtrates und fast in jeder Kommissionssitzung teilen die städtischen Finanzexperten den Mitgliedern des Grossen Stadtrates mit, dass die finanziellen Aussichten für die kommenden Jahre in der Stadt Luzern nicht rosig sind. Die Defizite, die aufgrund eines Systemwechsels sowie der Tatsache entstehen, dass viel weniger Steuereinnahmen generiert werden, liegen bei einem ein- bis zweistelligen Millionenbetrag. Es ist für die SVP-Fraktion unverständlich, dass man, obwohl man diese Prognose kennt und bestens darüber informiert ist, trotzdem eine solche Forderung von über 500'000 Franken in den Raum stellt. Der Betrag ist aus Sicht der Fraktion vollkommen aus der Luft gegriffen. Zudem wird aus dem Postulat nicht schlüssig klar, wofür das Geld wirklich eingesetzt wird. Offensichtlich vertritt die SP/JUSO-Fraktion die These, es sei eigentlich nicht so schlimm, ob

das Defizit 7 Mio. oder 7,5 Mio. Franken beträgt, die Relation halte sich ja in Grenzen. Vermutlich kann man so nur denken, wenn man nicht jeden Franken selber aktiv akquirieren muss und einem das Geld nicht selber gehört. Bekanntlich gibt man ja das Geld von anderen viel leichter aus als das eigene.

Die SVP-Fraktion ist ja nicht dagegen, dass Spenden getätigt werden. Aber das soll freiwillig geschehen und nicht im Kollektiv. Die SP/JUSO-Fraktion soll doch eine nationale Corona-Glücks-kette-Sammelaktion für die Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern organisieren! Mal schauen, was da finanziell zusammenkommt. Vermutlich ist aber auch der SP/JUSO-Fraktion das Resultat bereits klar, darum versucht sie es ja mit einem Vorstoss. Solidarisch ja – aber im eigenen Land! Die steuerlichen Einnahmen der Stadt müssen zwingend der städtischen Bevölkerung zugutekommen und dürfen nicht als Spende oder ausserordentlicher Aufwand ins Ausland verschoben werden. Auch wenn man es nicht wahrhaben will: Auch in der Schweiz und in der Stadt Luzern gibt es viele Bürger, die Hilfe benötigen, und die gilt es ausnahmslos zu unterstützen. In der Schweiz, wie auch in der Stadt Luzern, stehen etliche KMUs vor dem Nichts. Viele auch unter den Anwesenden wissen bis heute nicht, wann sie ihre Arbeit wieder aufnehmen dürfen. Es gibt etliche Personen auch in diesem Saal, die sich hoch verschulden, damit sie den Fortbestand der Firma sichern können. Der Sprechende kann sich gut vorstellen, dass für diese die Forderung einer internationalen Solidarität, die einfach so aus dem Nichts kommt, wie eine Faust aufs Auge ist. Die SVP-Fraktion vertritt die Meinung, dass gerade in einer so schwierigen Zeit die Einheimischen oder eben die Inländer Vorrang haben müssen. Deshalb lehnt die Fraktion das Postulat ab.

Irina Studhalter: Vor einer Stunde wurde in diesem Saal die katastrophale Situation in Griechenland geschildert, und es war andächtig still, die Sprechende sah lange Gesichter, doch dann hiess es von bürgerlicher Seite: Sorry, wegen der rechtlichen Rahmenbedingungen lässt sich da nichts machen. Jetzt lassen die rechtlichen Rahmenbedingungen Hilfe zu. In den letzten Monaten haben alle Staaten je einzeln für sich Massnahmen gegen die Pandemie beschlossen – so funktioniert eben das globale Politiksystem. Aber der sogenannte «unsichtbare Killer» interessiert sich rein gar nicht für nationale Grenzen. Nicht vergessen darf man zudem, dass auch wir in der Schweiz auf die globale Vernetzung angewiesen sind. Die Anwesenden sollen sich einmal kurz vorstellen, wie die letzten Monate hier verlaufen wären, wenn alle Angestellten im Pflegebereich in ihre Heimat zu ihren Familien gereist wären. Den bis jetzt vergleichsweise glimpflichen Verlauf in der Schweiz verdanken wir auch dem globalen Süden. Darum ist für die G/JG-Fraktion klar, dass man diese Pandemie nicht nur hier bekämpfen muss, sondern auch weiter weg. Die Sprechende ist froh, dass der Stadtrat sich der globalen Verantwortung stellt und bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen. Die G/JG-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats.

Stefan Sägesser fasst sich kurz: Die GLP-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats.

Michael Zeier-Rast schliesst sich diesem Votum an: Auch die CVP-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats. Alles andere wurde bereits gesagt.

Reto Biesser: Die FDP-Fraktion sieht es gleich wie die SVP-Fraktion und unterstützt den Ablehnungsantrag.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Es wurde gesagt, der Stadtrat nehme Geld in die Hand. Das kann der Stadtrat nicht tun, denn er hat kein Budget dazu. Die Budgethoheit liegt abschliessend beim Parlament. Der Stadtrat wird jedoch, wie er es in seiner Stellungnahme aufgezeigt hat, mit einem Bericht und Antrag verschiedene Nachtragskredite im Zusammenhang mit der Coronakrise beantragen. Auch wenn die Finanzlage der Stadt Luzern angespannt ist, bleibt die Priorisierung, für welchen Aufgabenbereich wie viele Mittel zur Verfügung stehen sollen, Sache des Parlaments. Der Stadtrat wird in diesem und im nächsten Jahr mit dem Grossen Stadtrat darüber diskutieren, wie die Stadt ihr Budget ins Gleichgewicht bringen kann. Es wird im Budget nicht für alle Anliegen Platz haben. Was man irgendwo mehr ausgibt, muss an einem anderen Ort kompensiert werden. Das wird die Situation sein, auch wenn das Gleichgewicht nicht jährlich gegeben sein muss, sondern über den Zeitraum von mehreren Jahren hinweg. Die SVP-Fraktion und inzwischen auch die CVP-Fraktion haben gewünscht, einen Überblick zu erhalten, wie die Finanzlage der Stadt aufgrund der Pandemie aussieht. Diese Information ist für die GPK-Sitzung vom 28. Mai vorgesehen. Das letzte Update hat die GPK mit den Budgetrichtlinien erhalten, aber es beruhte noch auf den Zahlen und Fakten vor der Pandemie. Am 28. Mai wird in der GPK auch der Bericht und Antrag zu den Nachtragskrediten im Zusammenhang mit der Coronakrise behandelt. Die GPK wird also die Möglichkeit haben, die momentanen Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation der Stadt zu sehen. Das gesamte Bild, das ist schon jetzt klar, wird sich im Verlauf des Jahres noch weiter ändern.

Nach Ansicht des Stadtrates ist es richtig, Solidarität zu zeigen. Es ist aber nicht so, dass die Stadt Luzern das bisher nicht getan hätte oder nicht auch in anderen Bereichen tut. Es gab diese Budgetposition schon immer, in den letzten Jahren wurde z. B. die Aktion «Jeder Rappen zählt» unterstützt. Die Stadt spendet auch regelmässig an die Glückskette und hat das im Zusammenhang mit Corona auch schon getan. Zudem trägt die Stadt sehr viele Sozialkosten im engeren und weiteren Sinn; diese werden sich jetzt noch massiv erhöhen. Wenn Leute zuerst in die Arbeitslosigkeit geraten oder die Kurzarbeitsentschädigung von 80 Prozent nicht ausreicht, kommen sie früher oder später in die Sozialhilfe. Man darf nicht vergessen, dass die Stadt Luzern bereits jetzt auf ihrer Staatsebene sehr solidarisch ist.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 407 teilweise.

– **Dringliche Interpellation 409, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:**
Umsetzung der Corona-Kita-Unterstützung in der Stadt Luzern

Maria Pilotto verlangt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Maria Pilotto ist es bewusst, dass von diesem Thema nicht alle in diesem Rat und in der Bevölkerung gleich betroffen sind. Aber das Thema Kind und Kinderbetreuung hat so etwas wie einen Coronagraben in unsere Gesellschaft gebracht. Gerade die Familien waren sehr belastet. In den letzten Wochen wurde einiges, was man für selbstverständlich hielt, in Frage gestellt, so z. B. nach Ansicht der Sprechenden auch der Stellenwert der familienergänzenden Kinderbetreuung – beim Bund, beim Kanton, aber auch bei der Stadt. Dass sich alle Staatsebenen die Fragen um die Unterstützung der Kitas und Eltern wie eine heisse Kartoffel gegenseitig zugeschoben haben, zeigt, dass der Wert der Kinderbetreuung von den Verantwortlichen nicht als so hoch eingeschätzt wird, wie er in Realität für viele Familien ist und auch politisch sein sollte. Dieses Chaos fiel leider zulasten der Eltern, aber auch zulasten der Mitarbeitenden aus, die mit zahlreichen unterschiedlichen und auch widersprüchlichen Massnahmen konfrontiert wurden. Und dies gerade in einer Zeit, in welcher die Familien mehrfachen Belastungen und Unsicherheiten ausgesetzt waren. Nicht der Bund – wie in der Antwort beschrieben –, sondern die Stadt Luzern hat die Eltern aufgerufen: «Seien Sie solidarisch, betreuen Sie Ihre Kinder wenn irgendwie möglich selber zuhause!» Wie die betroffenen Eltern das neben der Arbeit, neben Homeoffice und Homeschooling, vielleicht auch noch neben den Sorgen für ihren Betrieb hätten bewältigen sollen, dazu haben sie leider keinen Hinweis erhalten. Wohl aber folgte die Bitte, die Beiträge für die Kitas weiter zu bezahlen. So sieht eine fortschrittliche Familienpolitik nicht aus – auch nicht in einer Krisensituation.

Andere Städte und Kantone haben schon bald klar Stellung bezogen und Geld für die Kitas und die Eltern in Aussicht gestellt. Das wäre also auch eine Möglichkeit gewesen. Dass im Kanton Luzern die Verordnung für die Lösung immer noch nicht öffentlich ist, trägt zur Klarheit der Situation auch nicht bei. Die Sprechende hofft, dass dadurch ein Gestaltungsspielraum auch im Sinne des Stadtrates, der Interpellant*innen und von 650 Luzerner Petitionär*innen genützt werden kann. Sie erwartet, dass sich der Stadtrat wirklich aktiv für die Umsetzung von Unterstützungszahlungen einsetzt.

Neben diesem eher betrüblichen Bild hat sich auf der anderen Seite auch gezeigt, wie viel Geld tatsächlich in der Kinderbetreuung drinsteckt, wie viel da investiert wird. Es lässt sich nämlich ableiten, dass in der Stadt Luzern von den Eltern und über Betreuungsgutscheine pro Monat rund 1,4 Mio. Franken in Kitas investiert werden. Das ermöglicht wiederum für die Wirtschaft rund 100'000 Arbeitsstunden pro Monat. Damit wird aber auch klar, wie viel die Eltern für die zwei Wochen im März, die von der kantonalen Lösung eher willkürlich ausgespart werden, in die Kitas investieren. Während dieser zwei Wochen haben sie die Kinder zuhause betreut und müssen trotzdem Kitatarife zahlen. Das heisst, dieser Coronabeitrag der Eltern an die Kitas wird sich auf rund 500'000 Franken belaufen. Dessen muss man sich einfach bewusst sein.

Die Art und Weise, wie in den letzten Wochen mit den Kitas und der familienergänzenden Kinderbetreuung umgegangen wurde, zeigt, dass wir nicht darauf verzichten können – ein grosser Teil der Luzerner Familien, das heisst auch der Luzerner Arbeitskräfte, hängt davon ab. Vielmehr hat sich die Notwendigkeit erwiesen, die Kitas als Teil des Service Public zu betrachten. Das muss in einer Stadt, die gute Rahmenbedingungen für die Familien schaffen will, selbstverständlich sein, dafür muss sich der Stadtrat gerade auch in einer Ausnahmesituation klar einsetzen. Das Statement für eine einheitliche und pragmatische Lösung, das der Stadtrat in der Antwort auf die Interpellation gibt, begrüsst die Sprechende sehr. Der Stadtrat ist es den Eltern schuldig, ihnen ein klares Zeichen zu geben und sich spürbar für sie einzusetzen. Nur so kann die Stadt das Ziel erreichen, dass nicht Kitaplätze coronabedingt gekündigt werden müssen.

Christian Hochstrasser beginnt mit einer Kritik daran, dass man plötzlich meinte, die Betreuung könne ja auch anders organisiert werden, es sei gar nicht mehr so nötig, dass die Kitas das übernehmen. Im Bereich der Volksschule hat die Stadt sogar den gloriosen Begriff der Notfallbetreuung eingeführt. Wenn zwei Personen in der gleichen Familie einer Arbeit nachgehen, wird man relativ schnell zum Notfall. Er spricht da aus den eigenen Notfallerfahrungen: Irgendwann schafft man es einfach nicht mehr, gleichzeitig zuhause zu arbeiten und kleine Kinder zu betreuen, trotz des Aufrufs der Stadt, der sehr moralisch daherkam. Damit will der Sprechende den kritischen Teil seines Votums schliessen, der Grosse Stadtrat hat sicher zu einem späteren Zeitpunkt wieder Gelegenheit, über die Kinderbetreuung zu diskutieren. Ihm ist es wichtig, dem Stadtrat zu danken, dass er einerseits das Problem sehr rasch erkannte, das sich bei der Finanzierung in dieser Situation zeigte, und dass er eine eigene Vorlage zu erarbeiten begann. Gleichzeitig stand er auch in engem Kontakt mit dem Kanton, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen, und führte ein Monitoring der Situation in den Kitas ein. Der Sprechende hat von Kitas die Rückmeldung erhalten, dass sie sich durch dieses Nachfragen vonseiten der Stadt ernst genommen fühlten. Besonders wichtig ist ihm, dass sich die Stadt weiterhin, wie es in der Antwort steht, für eine einheitliche, faire Lösung einsetzt, und zwar eine Lösung sowohl für die Kitas als auch für die Eltern, die von dieser Situation betroffen sind.

In Bezug auf die Eltern sind manche vielleicht der Ansicht, dass diese sich das ja leisten können, da sie auch vorher schon gezahlt haben. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass bei jenen, die von Kurzarbeit betroffen sind, 20 Prozent des Einkommens fehlen. Wenn dann von der Kita noch eine Rechnung über mehrere Hundert oder Tausend Franken kommt, und die Behörde gleichzeitig dazu auffordert, die Kinder nicht in die Kitas zu schicken, ist das sicher eine Situation, in welcher ein Handlungsbedarf angezeigt ist. Der Sprechende hofft wie Maria Pilotto, dass die Verordnung des Kantons, welche die Situation klärt, schnell vorliegt und Transparenz schafft, und dass es nicht zu solchen Fällen kommt, dass sich Krippen nicht darauf einlassen und die Eltern einfach hängen lassen. Das hat die Stadt aber wahrscheinlich nur indirekt in der Hand. Der Sprechende hofft aber, dass sich das klärt und der Stadtrat zusammen mit den entsprechenden Leuten, sollte es sich allenfalls nicht genug schnell klären, am Thema dranbleiben.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat hat Verständnis für die Sicht der Eltern und der Direktbetroffenen. Zu Beginn war nicht klar, ob und wie und in welchem Umfang sich der Bund oder der Kanton engagieren. Der Sprechende erinnert aber auch an die Zuständigkeiten

der Stadt: Die Kitas sind selbstständige kleine KMUs. Die Stadt ist über die Betreuungsgutscheine miteinbezogen, zudem gekoppelt über Bewilligung, Aufsicht und Qualitätskontrolle der Kitas. Auf der anderen Seite hat sie Kontakt mit den Eltern, die Betreuungsgutscheine beziehen. Der Stadtrat hat schon vor Ostern den Grundsatzentscheid gefällt, selber eine Vorlage vorzubereiten, wenn die Situation beim Kanton und teilweise auch beim Bund weiterhin unklar bleibt. Während dieser Vorbereitungen hat der Kanton am 21. April selber eine Lösung präsentiert. Wenn der Stadtrat so viel Geld in die Hand nehmen will, muss er mit einer eigenen Vorlage einen Sonderkredit oder einen Zusatzkredit beantragen. Dessen muss man sich bewusst sein, wenn man sagt, andere Städte hätten viel schneller reagiert. Luzern ist weder Basel – die Stadt Basel ist als Kanton schneller handlungsfähig – noch Zürich – die Stadt Zürich konnte wie andere Zürcher Gemeinden, basierend auf kantonalem Notrecht, sofort eine Vorlage machen. Der Stadtrat hat sehr schnell reagiert, er hat eigene Überlegungen angestellt und selber eine Vorlage ausarbeiten lassen, die dann jedoch von der Vorlage des Kantons überrollt wurde. Der Stadtrat ist froh, dass sich der Kanton engagiert und in die Verantwortung geht; die entsprechende Verordnung sollte morgen vom Regierungsrat vorgestellt und am Samstag im Kantonsblatt publiziert werden. In der Verordnung ist z. B. festgehalten, dass die Eltern einen Rechtstitel haben, um das einbezahlte Geld zurückzufordern. Die Verordnung wird auch zeigen, wie man damit umgehen will, dass Kitas Gewinne erzielen; zu Beginn sagte der Kanton, Kitas, die einen Gewinn machen, sollen kein Geld erhalten. Das wird jetzt relativiert, der Kanton hat in dieser Diskussion Entgegenkommen gezeigt. Die Stadt steht in engem Kontakt mit der Dienststelle Soziales und Gesundheit (DISG), denn von den 100 Kitas im Kanton befinden sich 36 in der Stadt; die Situation in anderen Gemeinden ist völlig anders. Malters, dessen Gemeindepräsidentin zurzeit Präsidentin des VLG ist, hat zwei Kitas. Aber auch der VLG hat sich beim Kanton für eine Lösung eingesetzt und trägt die Vorlage des Kantons jetzt mit.

Somit ist die Dringliche Interpellation 409 erledigt.

– **Dringliche Interpellation 410, Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 4. Mai 2020: Auswirkungen der Coronakrise auf den Musikschulunterricht**

Adrian Albisser dankt der zuständigen Direktion für die Antwort mit den aktuellen Angaben, die zeigen, dass es einen Nachholbedarf gibt. Die Antwort macht aber auch klar, dass die tieferen Zahlen nicht nur coronabedingt sind, sondern sich zum Teil auch langfristig abzeichneten. Die Bildungskommission wird sich dieses Themas annehmen.

Somit ist die Dringliche Interpellation 410 erledigt.

- **Dringliches Postulat 413, Claudio Soldati und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Mai 2020:**
Luzerner Gewerbe retten: Gewerbemieten und Pachtzinsen stunden oder erlassen

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Völlig überrascht hat die SVP-Fraktion festgestellt, dass die SP seit Neustem eine bürgerliche Politik betreibt und sich um die Gewerbetreibenden in der Stadt Luzern sorgt. Bis anhin sorgte sie sich doch nur um die Angestellten, dass diese von den Unternehmern nicht ausgebeutet werden, die Löhne dem GAV entsprechen, die Ruhezeiten eingehalten und die paritätischen Abgaben bezahlt werden. Offensichtlich findet seit der Pandemiekrise ein Umdenken statt. Oder hat man einfach realisiert, dass etliche Arbeitnehmer auf der Strasse landen, wenn jetzt nicht geholfen wird, und dass dann die paritätischen Beiträge für die Gewerkschaften ausbleiben? Der Bund hat sich zum Erlass von Mieten ganz klar geäußert: Er beabsichtigt keine Verordnung, die sagt, wie in der Pandemiezeit die Mieten geregelt werden sollen. Er appelliert an das Gespräch zwischen Vermieter und Mieter und wünscht sich individuelle Lösungsansätze. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion der einzig richtige Ansatz, welcher nachhaltig zum Erfolg führt. Jeder Eigentümer einer Liegenschaft hat doch ein ureigenes Interesse, seine Lokalitäten über eine längere Zeit zu vermieten. In der jetzigen Situation ist die Rechnung schnell gemacht: Beharre ich auf meinem Mietvertrag, so laufe ich Gefahr, dass ich keinen Franken mehr sehe. Signalisiere ich Entgegenkommen, indem ich auf einen Teil der Forderung verzichte, so können beide, Vermieter und Mieter, überleben. Die Anwesenden haben es richtig gehört: Es sollen beide überleben. Das Problem ist ja nicht gelöst, indem man die eine Seite entlastet und dafür die andere Seite umso mehr belastet. Irgendjemand bezahlt die offene Rechnung, egal, ob das bei der öffentlichen Hand oder bei den Privaten ist. Wenn schon auf Mietzahlungen verzichtet werden soll, dann müssen auch die Banken in die Pflicht genommen werden und auf den Hypozins verzichten. Die meisten privaten Vermieter haben ihr Eigentum durch Hypotheken finanziert und schulden den Hypozins genau gleich, ungeachtet, ob der Mieter zahlt oder nicht. Wenn man am System ein bisschen schraubt, so hat das eben Folgen für die ganze Wirtschaft. Die SVP-Fraktion erachtet das Postulat als nicht zielführend und lehnt es deshalb ab.

Claudio Soldati dankt dem Stadtrat für die sehr gute Stellungnahme, welche die SP/JUSO-Fraktion überzeugt. Die Fraktion dankt für das unkomplizierte Vorgehen. In der Stellungnahme ist zu lesen, dass bereits 24 Gesuche eingegangen sind. Der Stadtrat hat genauso wie die SP/JUSO-Fraktion ein Interesse daran, dass einerseits die Gewerbetreibenden ihr Unternehmen weiter betreiben können, und dass andererseits diese Arbeitsplätze sichergestellt sind. Der Sprechende betont, wie wichtig es für die SP/JUSO-Fraktion ist, dass die gleiche Behörde, die entschied, diese Firmen und Restaurants müssten schliessen, auch Unterstützungsleistungen anbietet. Im Postulat geht es aber um die Rolle der Stadt als Vermieterin. In der Stellungnahme des Stadtrates steht zwar nicht, wie viele Firmen potenziell von einer Stundung oder einem Erlass der Geschäftsmieten durch die Vermieterin Stadt Luzern betroffen wären, aber es sind vermutlich etliche. Die Stadt soll diese Verhandlungen angehen und mit den betroffenen Firmen prüfen, welche Schwierigkeiten es

gibt und ob sie aus triftigen Gründen die Miete oder den Pachtzins stunden oder erlassen soll. Der Sprechende dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Unterstützung des Postulats.

Fabian Reinhard: Es sind jetzt alle Vermieterinnen und Vermieter gefordert, möglichst schnell das Gespräch mit ihren Mieterinnen und Mietern zu suchen. Das Ziel ist, dass das überall stattfindet, nicht nur, wenn die Stadt Luzern Vermieterin ist. Denn es liegt im Interesse von beiden Seiten, dass es irgendwie auch nach dieser ganzen ausserordentlichen Situation weitergehen kann. Der Sprechende ist nicht ganz sicher, ob die SVP-Fraktion das Postulat richtig gelesen hat: Es geht um die Stadt in ihrer Rolle als Vermieterin und somit um privatrechtliche Mietverhältnisse. Ein Vermieter, eine Vermieterin kann dem Mieter, der Mieterin immer entgegenkommen. In der aktuellen aussergewöhnlichen Situation ist es wichtig und richtig, dass man diesbezüglich schnell eine Lösung findet. Wenn die Stadt ihren Mieterinnen und Mietern entgegenkommen kann, dann soll sie das unbedingt tun – und der Stadtrat zeigt in der Stellungnahme auf, dass er das bereits tut. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Marco Müller: Die G/JG-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Stadtrates. Sie begrüsst es, wenn die Mieterinnen und Mieter bald Klarheit haben. Verschiedene andere Städte oder private Vermieter haben bereits Klarheit geschaffen. Neben dem Erlass des Mietzinses für zwei Monate muss man auch individuelle Lösungen suchen, denn verschiedene Betriebe werden noch länger unter den Folgen der Pandemie zu leiden haben und massive Einbussen verzeichnen. Darum braucht es eine gute Mischung zwischen einer entschlossenen klaren Soforthilfe und einer situativen Prüfung, was danach noch nötig ist.

Mirjam Fries teilt die Ansicht von Fabian Reinhard, dass die SVP-Fraktion das Postulat nicht richtig verstanden hat. Darin geht es effektiv um die Stadt Luzern als Vermieterin. Die CVP-Fraktion ist grundsätzlich auch der Meinung, dass es individuelle Lösungen braucht. Ein verantwortungsvoller Vermieter ist sicher daran interessiert, dem Mieter in einer solchen Ausnahmesituation entgegenzukommen. Andererseits tragen die Vermieter natürlich keine Schuld an diesem Lockdown. Es braucht deshalb grundsätzlich von beiden Seiten Zugeständnisse. Man kann auch nicht alle Fälle miteinander vergleichen, deshalb braucht es Transparenz und Offenheit seitens der Mieter und der Vermieter. Die Stadt will eine Vorbildrolle übernehmen. Die CVP-Fraktion unterstützt das in der Stellungnahme skizzierte Vorgehen des Stadtrates und ist mit der Überweisung des Postulats einverstanden.

Daniel Lütolf dankt für die gute Stellungnahme des Stadtrates. Es ist ein tolles und wichtiges Zeichen, dass die Stadt mit ihren eigenen Liegenschaften gibt. Grundsätzlich bedeutet Liquidität für die Unternehmen Luft zum Atmen. Die Luft geht einigen Unternehmen definitiv langsam aus. Gestern wurde eine Medienmitteilung der IHZ publiziert, in welcher steht, dass durchschnittlich 26 Prozent der Unternehmen allein in der Zentralschweiz mit massivsten Umsatzrückgängen konfrontiert sind. Da muss man also helfen und unterstützen, wo man unterstützen kann. Deshalb unterstützt die GLP-Fraktion das Postulat und wird es gern überweisen.

Marcel Lingg äussert sich zur Bemerkung, die SVP-Fraktion habe das Postulat nicht richtig gelesen. Vielleicht wurde aus dem Votum von Thomas Gfeller nicht ganz klar, dass die SVP-Fraktion nichts dagegen hat, wenn die Stadt als Liegenschaftsbesitzerin mit ihren Mietern das Gespräch sucht. Es macht für die Stadt ja keinen Sinn, wenn ein Mieter, auch wenn die Pandemiekrise dann vorbei ist, nicht mehr existieren kann. Aber das Postulat enthält noch eine weitere Forderung, und diese lehnt die SVP-Fraktion klar ab: «Im Weiteren wird der Stadtrat gebeten, Luzerner LiegenschaftsbesitzerInnen aufzufordern, ebenfalls mit Teil- oder Vollerlassen der Geschäftsmieten und Pachtzinsen Gewerbetreibende zu entlasten.» Es ist nicht Aufgabe der Stadt oder des Stadtrates, jetzt mit einer Kampagne an private Liegenschaftsbesitzer heranzutreten und sie zu irgendeinem Handeln aufzufordern. Darum lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Claudio Soldati: Der Grosse Stadtrat hat schon mehrmals über das Lädelerben diskutiert. Die SP/JUSO-Fraktion betrachtet es als richtig, dass die Stadt Luzern die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer auffordert, die Gewerbetreibenden zu entlasten, denn letztlich wird sie dadurch umso mehr Steuereinnahmen haben. Geschäftslokale, die leer stehen, weil die Miete nicht mehr bezahlt werden kann, sind nicht im Interesse der Stadt und eigentlich auch nicht im Interesse der SVP. Vonseiten der SVP-Fraktion wurde der linken Seite heute ein paarmal eine ideologische Haltung vorgeworfen. In den beiden Voten der SVP-Fraktion zu diesem Postulat zeigte sich die Ideologie jetzt klar und deutlich. Der freie Markt, der alles regeln soll, versagt jetzt aber. Der Sprechende dankt den anderen Fraktionen für ihre Unterstützung des Postulats.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat dankt für die breite Unterstützung seiner Stellungnahme. Im ersten Teil geht es um die Stadt als Liegenschaftsbesitzerin und Vermieterin. Relativ schnell gingen die ersten Anfragen ein, die Mietzinse zu erlassen oder zu stunden; bei den meisten Gesuchen geht es um die Stundung. Bis jetzt gingen 24 Gesuche ein, diese Zahl hat sich seit der Stellungnahme nicht verändert. Die Gesuche wurden individuell geprüft, die Stadt hat in diesem Zusammenhang viele Gespräche geführt. Der Stadtrat hält es für eine faire Lösung, die Mietzinse für zwei Monate zu erlassen. Er ist natürlich gespannt, was auf Bundesebene geschieht, um dann seine nächsten Schritte definieren zu können. Die Sprechende hat gehört, dass möglicherweise vonseiten der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK) eine Kompromisslösung vorgeschlagen wird. Zur zweiten Forderung des Postulats hat die SVP-Fraktion Bedenken geäussert. Es ist natürlich nicht so, dass die Stadt mit aufwendigen Massnahmen eine Kampagne starten würde, sondern sie richtet einfach einen Appell an die anderen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer, auch durch die heutige Debatte, dass sie sich das Vorgehen der Stadt zum Vorbild nehmen, sich auf Gespräche mit ihren Mieterinnen und Mietern einlassen und die Mietzinse, wenn es möglich ist, stunden oder erlassen. Der Stadtrat hat die zweite Forderung so verstanden und würde sie in diesem Sinn entgegennehmen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 413.

Die restlichen Traktanden 6 bis 15 werden aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach dankt allen, die zu dieser Sitzung beigetragen haben, welche unter sehr erschwerten Bedingungen stattfand. Es ist gelungen, den Zeitplan einzuhalten und alle dringlichen Vorstösse zu behandeln. Einen besonderen Dank richtet er an Michèle Bucher und Brigitte Koller für ihre intensive Arbeit in der Vorbereitungsphase.

Die nächste Sitzung wird am 4. Juni 2020 wieder hier im Kantonsratssaal stattfinden. Da wird der Zyklus «Blick über den Tellerrand» weitergeführt werden, Rita Wyss, die Präsidentin des Einwohnerrats Horw, wird zum Grossen Stadtrat sprechen. Der Sprechende selber wird noch nach Horw und Emmen gehen. Er hat auch gemerkt, dass Corona zu mehr Solidarität führte. Solidarität werden wir in Zukunft brauchen, auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Am 2. Juli 2020 findet eine zusätzliche Sitzung des Grossen Stadtrates statt, um hängige Geschäfte aufarbeiten zu können, damit die neue Legislatur möglichst aufgeräumt beginnen kann.

Die Verabschiedung von Ratsmitgliedern – zum Teil waren sie sehr lange dabei – möchte der Sprechende an der Sitzung vom 25. Juni 2020 vornehmen, weil am 2. Juli einige bereits in den Ferien sind. Die Verabschiedung ist dem Sprechenden wichtig, denn sie ist auch ein Zeichen der Wertschätzung.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Luzern, 10. August 2020

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Michèle Bucher
Stadtschreiberin